Der Bote aus dem Riesen-Gebirge.

Eine Zeitschrift für alle Stände.

Nr. 33. Hirschberg, Mittwoch den 25. April. **1849.**

Hauptmomente der politischen Begebenheiten.

23ste Sitzung der Ersten Kammer am 20. April.

Minister: Gr. Brandenburg und Gr. Arnim.

Ein Schreiben des Präsidenten der Zweiten Kammer wird verlesen, begleitet von dem aus 2 Paragraphen bestehenden Gesetzentwurf über das Plakatenwesen, wie er aus den Verhandlungen der Zweiten Kammer hervorgegangen ist.

Präsident: Die Vorlage bedarf der Beschleunigung. Ich habe den Entwurf sogleich drucken lassen und hoffe, daß der Centralausschuß noch heut ernannt werden kann.

Es folgt eine Interpellation des Gr. Dyhrn und eine von Bergmann: ob der Minister des Auswärtigen die Instruction, welche der preußische Bevollmächtigte in Frankfurt erhalten, und welche Antwort dem österreichischen Kabinet auf die Depesche vom 8ten d. M. ertheilt worden ist, der Kammer mittheilen wolle.

Der Minister des Auswärtigen: Die Verhandlungen schweben noch, ich muß also die Beantwortung ablehnen; ich hoffe aber schon in den nächsten Tagen im Stande zu sein, über die Sache Auskunft in einem Umfange geben zu können, wie sie die Wichtigkeit der Sache erfordert.

Der dringliche Antrag von Gierke: Die Kammer wolle die in Frankfurt verkündigte Verfassung als unbedingt rechtsgiltig anerkennen und die Circulardepesche vom 3. April entschieden mißbilligen, erhält die für die Dringlichkeit nöthige Unterstützung nicht. Das Unteramendement von Walter zum Bericht der Kommission für die Geschäftsordnung: „Der Antragsteller, oder wenn sich dieser nicht zum Worte gemeldet hat, der erste Redner für den Antrag erhält zuerst das Wort“, wird angenommen.

Es folgt der Bericht des Centralausschusses über den Antrag des Abg. Bornemann, betreffend die Verordnungen vom 2. u. 3. Januar. Die Majorität des Centralausschusses trägt auf folgende motivirte Tagesordnung an: „In Erwägung, daß die Kammer in der Sitzung vom 22. März den Antrag, mit der Ausführung der Verordnungen vom 2. u. 3. Januar einzuhalten, abgelehnt hat und dieser Beschluß eine vorläufige Genehmigung und Anwendung beider Verordnungen bereits enthält, geht die Kammer über den Antrag des Abg. Bornemann und Genossen zur Tagesordnung über.“ Diese motivirte Tagesordnung wird angenommen.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Bericht der Petitionskommission über eine große Anzahl von Petitionen, meist von Gewerbtreibenden. Sie werden fast sämmtlich ohne Debatte den betreffenden Ministerien und der Kommission überwiesen. Eine Petition aus Potsdam will, daß in den Fällen, wo Menschenhände eine Arbeit leisten können, alle Maschinen untersagt werden.

Der Antrag des Abg. Zenker, die Petition der Gemeinde Ober-Niederbeerberg wegen Beschleunigung des Gesetzes zur Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse an den betreffenden Centralausschuß zu verweisen, wird nach kurzer Debatte angenommen.

Der Antrag der Kommission, eine Petition über Verminderung der Kostspieligkeit des Heeres und seine technische und geistige Ausbildung, an den Kriegsminister abzugeben, wird angenommen.

Bei einer andern Petition hat die Kommission gezweifelt, ob sie selbstständig Auskunft vom Ministerium verlangen könne. Der Ministerpräsident erklärt, daß das Ministerium jederzeit einem solchen Wunsche nachkommen werde.

30ste Sitzung der Zweiten Kammer am 18. April.

Minister: v. d. Heydt, v. Rabe, v. Manteuffel, v. Schleinitz.

Der von dem Centralausschuß redigirte Gesetzentwurf, betreffend den Verkauf, das Vertheilen und Anheften von Druckschriften oder bildlichen Darstellungen in öffentlichen Straßen, wird verlesen und zur namentlichen Abstimmung gebracht. Der Gesetzentwurf in seiner Totalität wird mit 167 gegen 163 Stimmen **angenommen.**

Die Kammer schreitet zur Berathung von §. 3. des Versammlungs- und Vereinsrechtes. Der Centralausschuß erkennt darin eine unzulässige Beschränkung und beantragt die Streichung des ganzen Paragraphen.

Minister-Assistent v. Schleinitz: Der Gesetzentwurf will das Versammlungsrecht nicht beeinträchtigen oder aufheben, sondern nur den Mißbrauch in gewisse Schranken zurückweisen. Das Gefährliche eines solchen Mißbrauchs hat die Erfahrung gelehrt. Ohne Polizei würde der Rechtsstaat sich bald in einen Staat des Unrechts verwandeln.

Jung: Die Erfahrung lehrt, daß die Vereine, wenn sie unterdrückt wurden, heimlich als geheime Gesellschaften entstanden und den Stoff zu neuen Revolutionen bildeten, während sie da, wo sie offen bestanden, die politische Bewegung auf das Beste förderten. Das letztere ist in England und Amerika, das erstere in Frankreich der Fall. Denken Sie zurück an die englische Re-

volution, die mit der Enthauptung eines Königs und der Einführung der Republik begann, so muß Ihnen unsere Revolution als ein wahres Kinderspiel dagegen erscheinen. (Bravo u. Gelächter.) Die Lehrer des Socialismus, welche jetzt Frankreich bewegen, stammen aus England. In England hält sich die verrottete Staatsmaschine nur noch, weil die Agitation frei gegeben ist, weil sie in den Vereinen ableitende Kanäle hat. Selbst die Konservativen haben daher das größte Interesse, die Vereine nicht zu beschränken.

Eydam: Dies Gesetz würde dazu führen, eine Errungenschaft des März zur Versprochenschaft zu machen. Ich habe vielen und zahlreichen Volksversammlungen beigewohnt, aber nur einmal, unter Leitung anwesender Stadtverordneten und Behörden, kam es zum Aufruhr, der bis zur Verletzung des Eigenthums führte. Man sagt: Ohne Ordnung gebe es keine Freiheit, allerdings, aber die Ordnung muß aus der Freiheit entspringen, sie muß nicht aufgezwungen, nicht octroyirt werden.

Minister des Innern: Die Redner beziehen sich auf die Erfahrung und sagen, uns fehle es an Erfahrung über die Vereine. Ich glaube, wenn die Regierung nicht den Belagerungszustand verhängt hätte, würden wir sehr wahrscheinlich schon die nöthige Erfahrung haben.

Bei der Abstimmung über §. 3. des Regierungsentwurf erhebt sich nur der Minister des Innern. Er wird verworfen.

Nun folgt die Berathung über §. 4. des Regierungsentwurfs. Nach kurzer Debatte wird der erste Satz des §. 4. welcher lautet: Polizeibeamte dürfen solchen Versammlungen nur in ihrer Dienstkleidung oder unter ausdrücklicher Kundgebung ihrer dienstlichen Eigenschaft beiwohnen, angenommen, der zweite Satz aber verworfen.

Es folgt die Berathung über §. 5. des Regierungsentwurfs.

Berends: Nicht einmal der Belagerungszustand hat die polizeiliche Beaufsichtigung zur Folge gehabt. Es heißt das Volk entwürdigen. Welcher Mann von Ehre wird einem solchen Vereine vorstehen können, wenn er sich zwischen zwei Polizeibeamte setzen soll?

Gr. Schwerin: Der letzte Redner hat es für ehrenrührig gehalten, neben einem Polizeibeamten zu sitzen. Ich glaube, der steht noch auf dem Standpunkte des Polizeistaates, der sich fürchtet in Gegenwart eines Beamten zu handeln. (Bravo rechts.) In England ist im Gegentheil Jedermann bereit, dem Beamten auf Requisition sofort hilfreiche Hand zu leisten.

Scherer (als Referent): Ich betrachte den Staat als das Haus, das wir uns errichtet haben, um bequem darin zu wohnen, und die Beamten als Diener und Wächter desselben. Früher mochte man vielleicht der Ansicht sein, der Staat sei eine Kleinkinderbewahranstalt und die Beamten die Präceptoren. Das ist aber vorüber. Aber je mehr in dem Hause wohnen, desto nothwendiger ist es, auf Ordnung zu halten. Sie, meine Herren, haben die Oberaufsicht über das neue Hauswesen. Wollen Sie diese Diener und Wächter aus dem Hause hinausweisen, weil Sie fürchten, dieselben könnten wieder Schulmeister werden? Ich hoffe dies wird nicht Ihre Ansicht sein.

Bei der namentlichen Abstimmung sind 166 Stimmen dafür und 167 dagegen; der §. 5. ist also verworfen.

Es folgt §. 6. des Regierungs-Ausschusses; auch dieser wird, nach kurzer Debatte, verworfen.

§. 7. des Regierungs-Entwurfs wird ohne Diskussion verworfen.

Nun kommt §. 8. des Regierungs-Entwurfs zur Berathung. Der Central-Ausschuß schlägt eine andere Fassung vor, zu der mehrere Amendements gestellt werden.

Wesendonck: Man hat geäußert: die Polizei sei keine dem Volke feindliche Macht. So sollte es sein, aber es ist nicht so. In Düsseldorf wurde eine von Wahlmännern in einem Gasthofe gehaltene Versammlung von der Polizei gestört, und diese Störung von dem Regierungs-Präsidenten gerechtfertigt. Das Land hat bereits über den Gesetz-Entwurf gerichtet. Ich mache Sie aufmerksam auf eine energische Petition des Pius-Vereins, der nicht demokratisch ist.

Müller (Singen): Wenn in den Vereinen im Geheimen Verbrechen berathen werden, so werden die Beamten nicht erst dann in Kenntniß gesetzt werden, wenn man im Begriffe ist, dieselben auszuführen. Die Aufreizung zu einem Verbrechen ist selbst schon ein Verbrechen. Wenn man zum Widerstande gegen die Obrigkeit auffordert, fordert man zu einem Verbrechen auf, und die Polizei, wenn sie dagegen einschreitet, verfährt nicht präventiv, sondern regressiv.

v. Kirchmann: Die Gefahr ist nicht so groß. Ich habe vielen Versammlungen beigewohnt. Wenn man auch bisweilen ein Verbrechen beabsichtigte, so war man doch zu klug, es gradezu auszusprechen, oder wenn man es that, so war es eine Rodomontade. So wurde in einer Versammlung im vorigen September der Vorschlag gemacht, mich und meinen Kollegen v. Berg aufzuhängen. Sie sehen aber, daß wir Beide noch da sind. Vertrauen Sie also dem gesunden Sinne des Volkes und erschüttern Sie nicht die Kraft des Rechts, indem Sie an seine Stelle die gebrechliche Gewalt der Polizei setzen.

Der Schluß der Debatte wird herbeigeführt. Es folgen einige persönliche Bemerkungen.

Der Berichterstatter bemerkt, daß nach Herrn v. Kirchmann in den Versammlungen nur Theorien verhandelt würden, während doch der Fall, den er in Beziehung auf sich selbst angeführt habe, das Gegentheil beweise; er verliest eine längere Stelle der demokratischen Korrespondenz, worin der revolutionaire Charakter der Klubs und ihre Bedeutung für die Organisirung eines gewaltsamen Widerstandes hervorgehoben wird.

Der ganze amendirte § 8 lautet nun: „Versammlungen, in denen zum gewaltsamen Umsturze oder zu gewaltsamer Aenderung der Verfassung, zu thätlichen Angriffen oder Widerstand gegen die Obrigkeit und deren Organe, oder zu Gewaltthätigkeiten gegen Personen und Eigenthum aufgefordert oder aufgereizt wird, sind die Abgeordneten der Polizei befugt, aufzulösen, unbeschadet des gegen die Betheiligten gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens." Dieser §. wird mit 186 gegen 146 Stimmen angenommen.

31ste Sitzung der Zweiten Kammer am 19. April.

Minister: Gr. Brandenburg, v. Manteuffel, v. Strotha, v. d. Heydt.

Behnsch (zur Geschäftsordnung): Seit 6 Wochen haben wir von den Arbeiten der Verfassungs-Revision-Kommission nichts gehört. Die Zusammensetzung der Kommission läßt zwar erwarten, daß die Arbeit gut werden würde, da 16 Mitglieder der Rechten und nur 5 der Linken angehörten, er habe aber gehofft, daß die Arbeit schnell von statten gehen würde.

v. Auerswald: Ich weiß nicht was Hr. Behnsch unter schnell versteht, aber das weiß ich, daß die Kommission täglich Sitzungen hält. Wenn aber der Redner die Majorität des Hauses verdächtigt hat, so weise ich eine solche Verdächtigung mit der tiefsten Verachtung zurück. (Bravo rechts. Zur Ordnung links. Tumult. Glocke.)

Gr. Arnim (zur Berichtigung der stenographischen Berichte): Ich habe mich gegen Herrn d'Ester nicht entschuldigt. Zu einer Entschuldigung gegen Herrn d'Ester werde ich mir nie das Wort erbitten.

Der Dringlichkeitsantrag von Geßler und Genossen, die Dringlichkeit nicht von 120 Mitgliedern, sondern von der Majorität der Versammlung aussprechen zu lassen, wird unterstützt.

Die Kammer geht über zur Berathung über §. 9 des Regierungsentwurfs über das Versammlungs- und Vereinsrecht. Dieser §.

lautet: Sobald der Abgeordnete der Polizeibehörde die Versammlung für aufgelöst erklärt hat, sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen. Diese Aufforderung ist nöthigenfalls durch die bewaffnete Macht in Ausführung zu bringen. Pilet will im zweiten Satze statt Aufforderung „Erklärung" gesetzt wissen, und Schulze beantragt, am Ende des §. noch hinzuzufügen: Polizeibeamte, welche die ihnen §. 4 beigelegten Befugnisse überschreiten, sind auf Antrag jedes Theilnehmers, insofern sie nach den Gesetzen wegen Mißbrauch ihres Amtes keine härtere Strafe verwirkt haben, mit Geldbuße bis zu 50 Thalern oder Gefängniß bis zu 6 Wochen zu bestrafen.

Otto. Was heißt denn auflösen, als daß der Präsident den Schluß der Versammlung erklärt? Hat die Polizei dies erreicht, so kann sie zufrieden sein, und die Leute da lassen, wo sie sich aufhalten wollen. Der zweite Satz ist unnöthig, denn die Gesetze wollen befolgt sein. Eine starke Regierung ist aber eine solche, welche die Befolgung ihrer Gesetze durchsetzt.

Grossjohann: Wir sehen, wie jeder §. progressiv bemüht ist, der Polizei immer größere Rechte einzuräumen. Ich kann mich einer so lieblichen Phantasie, welcher die Polizeibeamten als Schutzengel erscheinen, nicht hingeben; mir erscheinen dieselben vielmehr als Engel mit dem flammenden Schwerte vor dem Paradiese der Freiheit.

Der erste Satz des §. 9 des Regierungsentwurfs, die Amendements von Pilet und Schulz wird angenommen.

Auf den Vorschlag der Kommission kommt nun §. 11 zur Diskussion. Pilet stellt das Amendement: Niemand darf in einer Versammlung bewaffnet erscheinen, mit Ausnahme der im Dienste befindlichen Polizeibeamten und der von der Obrigkeit requirirten bewaffneten Macht. Es wird fast einstimmig angenommen.

Nun folgt §. 10, zu welchem mehrere Amendements gestellt werden.

Löher: Wenn dies Gesetz nicht verworfen wird, so laufen wir Gefahr, den Polizeiteufel, den wir aus einem §. herausgetrieben haben, in den andern wieder hineinzubringen.

v. Kleist-Retzow: Es sind Elemente in der Gesellschaft vorhanden, die nach der Herrschaft trachten, und die, wenn sie dieselbe erreichten, alles Vorhandene umstürzen und das Unterste zu Oberst kehren würden. Die Argumente dieser Herren sind die Massen, die bei ihrer Unkenntniß der Sachen, bei ihrer leichten Entzündlichkeit sehr schnell geeignete Werkzeuge werden. Diese Argumente bearbeitet man in Volksversammlungen, und das Feuer, das durch sie angesteckt wird, wird durch die geheimen Klubs, die Werkstätten der Revolution, genährt. Oeffentlichkeit ist ein berühmtes Schlagwort der Herren jener Seite. In diesem Falle will das Ministerium Oeffentlichkeit und nun wird sie von denselben Herren bekämpft. Jene Herren verlangen Oeffentlichkeit, wenn sie ihnen nützt; gegen sie soll man sich der Oeffentlichkeit nicht bedienen. Aber Wahrheit und Licht brauchen die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen.

Grün will logischer zu Werke gehen und sagt: Wenn bei jedem öffentlichen Vereine alle Menschen zugelassen werden, so sind auch Polizei-Beamte, die doch auch, so zu sagen, Menschen sind, zuzulassen; es ist aber nicht möglich, sie zuzulassen, wenn sie nicht als Menschen, sondern als Polizei-Beamte kommen. Wenn das Ministerium so fleißig ist, uns mit Gesetz-Entwürfen gegen den Mißbrauch zu beglücken, so wundere ich mich, daß nicht schon ein Gesetz eingebracht ist: Jeder, der auf der Straße rauchen will, muß dies 2 Stunden vorher anzeigen. Noch nie habe ich so viel Neigung zu Frankreich bei unserm Ministerium verspürt, als jetzt, früher wollte man nichts von den Sansculotten wissen, und jetzt sind unsere Minister Republikaner, aber leider nur republikanische Polizeimänner. Wären Sie klug, m. H., so würden Sie das Vereinsrecht nicht beschränken, Sie würden es vielmehr zu erweitern suchen; Sie würden den epidemischen Stoff zum Ausbruch kommen lassen und ihn nicht gewaltsam zurückdrängen. Bricht er dann aus, so wünsche ich, daß der Ausgang Ihnen wohl bekomme.

Minister des Innern: Es ist nicht schwer, eine Regierungs-Vorlage zu tadeln, oder lächerlich zu machen. Dazu gibt es ja Gemeinplätze genug. Aber über den §. hat der vorige Redner gar nicht gesprochen. Wenn die Vereine ihre Statuten einreichen, dann ist die Polizei der unangenehmen Nothwendigkeit enthoben, auf geheimen Wegen jenen Statuten nachzuspüren.

Nachdem über die einzelnen Amendements abgestimmt worden ist, kommt der ganze amendirte §. 10. zur Abstimmung. Er lautet: Die Vorsteher solcher Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, und welche nicht zu den kirchlichen oder religiösen Vereinen gehören, sind verpflichtet, Statuten über Verfassung und Wirksamkeit des Vereins, so wie alle Abänderungen, binnen 3 Tagen, nachdem sie zu Stande gekommen, der Orts-Polizei-Behörde zur Kenntnißnahme einzureichen, derselben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu ertheilen.

Die Annahme erfolgte mit 168 gegen 167 Stimmen.

32ste Sitzung der Zweiten Kammer am 21. April.

Minister: Graf Brandenburg, v. Manteuffel, v. Ladenberg, v. d. Heydt, v. Rabe, v. Arnim und Simons.

(Der Ministertisch ist bis dicht an die Wand gerückt und dadurch Raum für ein Centrum entstanden.)

Der Referent v. Vincke verliest den Bericht der Kommission zur Begutachtung des dringlichen Antrags des Abg. Rodbertus und Genossen, die deutsche Frage betreffend (s. die 26. Sitzung der zweiten Kammer). Die Kommission hat den Antrag mit 11 gegen 9 Stimmen nicht für dringlich anerkennen können, weil zuvörderst das Ergebniß der in Folge der Circular-Note vom 3. April gepflogenen Unterhandlungen abgewartet werden muß, bevor die Kammer zur Abgabe einer Erklärung genügenden Anlaß erhält. Wenn der Kammer angesonnen wird, die von der deutschen Nationalversammlung vollendete Verfassung, so wie sie nach der zweiten Lesung beschlossen worden ist, als rechtsgiltig anzuerkennen, so erscheint dieser Antrag weder materiell noch formell begründet. Materiell nicht, weil nach Maßgabe der Bundestagsbeschlüsse vom 30sten März und 7ten April v. J., welche die Grundlage der Wahlgesetze und somit des Mandats der einzelnen Mitglieder bilden, die deutsche Nationalversammlung nur befugt ist, das deutsche Verfassungswerk zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringen, weil sie demnach der Befugniß ermangelt, ohne die Zustimmung der betreffenden deutschen Regierungen endgiltig die Verfassung festzustellen. Formell nicht, weil nach §. 111 der Verfassung vom 5 Dezember v. J. es dem Könige vorbehalten ist, falls durch die für Deutschland festzustellende Verfassung Abänderungen des gegenwärtigen Verfassungsgesetzes nöthig werden sollten, dieselben anzuordnen, während die Kammern dann bei ihrer nächsten Zusammenkunft nur darüber Beschluß zu fassen haben, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der deutschen Verfassung in Uebereinstimmung stehen, woraus zu folgern steht, daß eine förmliche Erklärung über die Rechtsgiltigkeit und die Annahme der deutschen Reichsverfassung nur der Regierung Sr. Majestät des Königs vorbehalten ist. Die Mehrheit ist der Ansicht, daß die Räthe der Krone zur Annahme der Würde eines Oberhauptes des deutschen Reiches, unter Voraussetzung der Zustimmung der deutschen Regierungen, hätten rathen sollen. Wenn auch 29 Regierungen bereits ihre Zustimmung ausgesprochen haben, so ist doch, abgesehen von der unfreundlichen Note der kaiserlichen Regierung, eine zustimmende Erklärung seitens der übrigen vier deutschen Könige noch nicht bekannt, und vergeblich hat die Kommission versucht, von dem Vertreter des Minister des Auswärtigen darüber irgend

eine, geschweige denn zufriedenstellende Mittheilung zu erhalten. Noch weniger aber haben wir erfahren können, in welcher Richtung die Instruktionen des preußischen Bevollmächtigten bei der deutschen Centralgewalt sich bewegen. Die Majorität der Kommission schlägt der Kammer vor, zu erklären, 1) daß sie den in der Circularnote vom 3. April betretenen Weg zur baldigen Herbeiführung eines öffentlichen entsprechenden Rechts-Zustandes in Deutschland als geeignet nicht erachtet, und 2) daß sie die Annahme der Würde eines Oberhauptes des deutschen Reichs auf Grund der deutschen Reichsverfassung und unter Voraussetzung der Zustimmung der deutschen Regierungen als den geeignetsten Weg betrachten muß.

Kamphausen: Ich glaube, es ist ein ungerechtfertigtes Verlangen, daß Preußen zuerst seine Stimme abgebe, denn Preußen wurde die Hegemonie angeboten. In der deutschen Reichsverfassung ist der Reichsrath gestrichen und das Suspensiv-Veto beliebt worden, während alle Regierungen sich für das absolute Veto ausgesprochen haben. Freilich, die Linke hält das allgemeine Wahlrecht, die direkte Wahl, die geheime Stimmabgabe, das suspensive Veto für gut und freut sich, daß ein Gesetz geschaffen worden ist, durch welches auf legalem Wege die Monarchie abgeschafft werden kann. Im Staatenhause werden bei dem Ausschlusse Oesterreichs 168 Stimmen vorhanden sein; davon kommen nur 40 auf Preußen, also noch nicht einmal ein Drittheil.

Die Dringlichkeit wird mit 216 gegen 113 Stimmen angenommen.

Minister des Auswärtigen: Es ist nicht üblich, Instruktionen mitzutheilen, ehe sie veröffentlicht sind. Ueber die Erklärung der kleineren deutschen Regierungen konnte die Kommission durch die Zeitungen Kenntniß nehmen.

Minister-Präsident: Zur Lösung der allgemeinen Spannung habe ich Folgendes zu erklären: (lesend) 1) die Regierung ist sich bewußt, daß sie den Weg der Cirkularnote vom 23. Januar befolgt und auch in der Note vom 3. d. M. nicht verlassen hat.

2) Die Regierung hat von jeher den lebhaften Wunsch gehegt, die deutschen Staaten zu einem Bundesstaate zu vereinigen. Zu ihrem Bedauern muß sie jetzt erklären, daß eine solche Vereinigung für jetzt ein unübersteigliches Hinderniß gefunden hat und daß die Regierung hierin selbst eine Täuschung ihrer frühern Hoffnungen erblickt. Sie wird aber trotzdem ferner bestrebt sein, ihr früheres Ziel zu erreichen.

3) Daß die deutsche Verfassung erst der Annahme und Zustimmung der Regierungen zu ihrer Rechtsgiltigkeit bedarf, ist schon oft ausgesprochen und auch in dem Berichte der Kommission anerkannt worden. Die Regierung Sr. Majestät hat in der Note vom 23. Januar den Weg betreten, um im Vereine mit den übrigen deutschen Staaten die von ihr für nothwendig erachteten Abänderungen durch geeignete Vorschläge zur Kenntniß der National-Versammlung zu bringen, und sich der Hoffnung hingegeben, daß auf diesem Wege diejenigen Bestimmungen entfernt werden würden, deren Beseitigung nothwendig erschien. Leider! leider! (Der Minister-Präsident betont diese Worte besonders stark) ist diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen. Die Erinnerungen sind größtentheils ganz, ganz unberücksichtigt geblieben. Die Verfassung hat sogar außerdem in der zweiten Lesung noch Abänderungen erlitten, welche nur höchst nachtheilig genannt werden können. Diese Nachtheile sind so überwiegender Art, daß sich Sr. Majestät Regierung außer Stande sieht, die unbedingte Annahme der Verfassung anzurathen. Sie hat die Annahme vielmehr an gewisse Bedingungen knüpfen zu müssen geglaubt, welche ihr Bevollmächtigter in Frankfurt vorzulegen beauftragt ist.

Meine Herren! — fährt der Minister-Präsident in freier Rede fort — Ich erkenne die Macht der öffentlichen Meinung an; aber man darf nicht rücksichtslos das Schiff den Winden und den Strömungen hingeben. Sonst wird es niemals in einen sichern Hafen gelangen — niemals — niemals — niemals!

Der Antrag auf einfache Tagesordnung wird verworfen. Es folgen noch mehrere unterstützte Amendements.

Gr. Arnim: Ob die größere Gefahr in der unbedingten Annahme oder Ablehnung liege, darüber hat die Kammer nicht zu entscheiden. Bei diesem Antrage beruht die Majorität auf einer unnatürlichen Verbindung zweier Parteien, die sonst auf ganz verschiedenen Standpunkten stehen. Die eine will die konstitutionelle Monarchie und die Eindämmung der Revolution, die andere will durch die Annahme der Verfassung die starke Regierung lähmen. Viele haben nur für den Kaiser gestimmt, weil die Verfassung den Weg zur Republik bahnt.

Rodbertus: Vereinbarung ist unmöglich, es kann also der betretene Weg höchstens zur Octroyirung führen, oder aber dazu, daß die Nationalversammlung ihr Mandat in einem höhern Sinne auffaßt und ein Gebiet betritt, welches Sie nicht wünschen. (Unruhe.) Es steht alles auf dem Spiele. Am meisten ist das Interesse der Fürsten gefährdet. Niemals wird es Deutschland seinen Fürsten vergeben, wenn die lang ersehnte Einheit an den Kabinetten scheitert. Ich bitte Sie, erfüllen Sie Ihre Seele mit dem Bilde der frühern Größe Deutschlands. Wenn Sie das nicht thun, wird sich der Stern Deutschlands und Preußens verdunkeln, freilich nicht auf lange Zeit, denn er wird wieder heller hervorstrahlen, aber nach einer traurigen, blutigen, kummervollen Zeit, die uns alle verschlingen wird. (Bravo.)

Kleist-Retzow: Erklärte Republikaner, die nur immer auf die Erniedrigung Preußens hingearbeitet haben, haben zur Vollendung der Verfassung beigetragen. Der Sitz der Reichsregierung muß nach Berlin verlegt und das absolute Veto eingeführt werden. Sollten sich Provinzen hochverrätherischer Weise von Preußen lostrennen wollen, so werden preußische und pommersche Männer das wieder erobern, was sie schon einmal erobert haben. (Ironisches Bravo zur Linken.)

v. Berg: Verwerfen Sie das Werk der deutschen Nationalversammlung, so zerschneiden Sie das letzte Ankertau, welches Volk und Fürsten zusammenhält. Es handelt sich jetzt darum, ob wir mit Deutschland gegen Oesterreich, oder mit Oesterreich gegen Deutschland gehen wollen.

Minister des Innern: Man hat gesagt, der Moment des Zugreifens sei jetzt für Preußen gekommen, da alle Staaten, zumal Oesterreich, krank seien. Wenn Oesterreich krank ist, dann ist es am wenigsten an der Zeit, seine Rechte zu kränken. Wir wollen Deutschland vor Frankreich bewahren. Wir trennen Preußens Stärke nicht von Deutschlands Stärke, aber wir wollen Preußen nicht aufgeben, bevor wir nicht Deutschlands gewiß sind. (Große Unruhe. Bravo rechts. Zischen links.) Der Ernst der Stunde ist es, unter dessen Eindruck wir dem Könige unsern Rath gegeben haben.

Grün: Die Nationalversammlung in Frankfurt ist eine konstituirende, eine souveraine, ihre Beschlüsse sind daher rechtsgiltig.

Wolheim: Es handelt sich um Anerkennung der Verfassung und da darf die Regierung, die im März voriges Jahres an die Spitze Deutschlands zu treten versprach, nicht zurückbleiben.

Gr. Schwerin: Nach § 111. unserer Verfassung hat die Kammer kein legales Recht in dieser Frage Beschlüsse zu fassen. Wenn auch der Antrag verworfen wird, so wird deshalb der Stern Deutschlands nicht verbleichen. Die Linken behaupten, durch das allgemeine Wahlrecht komme der vernünftige Wille des Volkes zur Geltung. Der Wille wohl, ob aber der vernünftige? das ist eine andere Frage. Sie machen den Staat zu einer Heerde Menschen, denen Sie die Entscheidung überlassen. In der konstitutionellen Monarchie wird das Volk nicht durch die Kammer allein, sondern durch die Kammer und den König repräsentirt. Die Freiheit des Volks bedarf ebenso sehr des Schutzes gegen die Willkühr der Kammern, als gegen die Uebergriffe der Regierung, und darum ist das absolute Veto Bedingung der Monarchie.

Schultze (Delitzsch): Das stolze, scharfe, dreifach betonte „Niemals" des Ministerpräsidenten wird wohl dasselbe Schicksal haben, welches ein anderes auf dem vereinigten Landtage gesprochenes Wort gehabt hat. Solche Aussprüche, sie mögen auch noch so sehr mit der Vollgewalt der Autorität bekleidet sein, zerstieben wie Staub vor dem Hauch der Geschichte. Die ganze deutsche Geschichte ist ein dauernder Verrath der Kabinete gegen das Volk. Wir haben nur eine Geschichte der deutschen Fürsten, die sich gegenseitig den Raub abjagten. Täuschen die Fürsten noch einmal das zähe Vertrauen des Volks, dann möchten wir entweder aus der Reihe der Kulturstaaten gestrichen werden, oder das Volk vertreibt die Fürsten.

v. Vincke (als Referent): Ich erinnere Sie an Franklins Worte: Wenn die Verfassung auch nicht das für Alle gleich Vollkommenste enthält, so doch das unter diesen Umständen mögliche Vollkommene. So ist auch die frankfurter Verfassung das Beste, was man unter den gegebenen Umständen hat herstellen können. Besser eine unvollkommene Verfassung als gar keine. Ich erinnere Sie an die alte Sage von jener Sibylle, welche nach jeder Ablehnung den Preis ihrer Bücher verdoppelte. (Zu dem Minister gewandt) handeln Sie, ehe es zu spät wird. Vergessen Sie nicht, daß der Name Brandenburg an Ihrer Spitze steht. Möge dieser Name Sie erinnern, daß die Ahnen seiner Majestät ihre Politik nicht an die engen Grenzen der Kurmark fesselten, sondern ihre Augen auf Europa richteten, und daß Sie durch diese Politik das Haus Hohenzollern in die Lage gebracht haben, daß ihm jetzt das deutsche Volk die deutsche Kaiserkrone anbietet.

Endlich wird zur Abstimmung geschritten. Sämmtliche Amendements werden verworfen, ebenso der Kommissionsantrag und die beiden ersten Sätze des Antrages von Rodbertus. Bei der namentlichen Abstimmung des dritten Satzes des Antrages von Rodbertus wird derselbe mit 175 gegen 149 Stimmen angenommen. Er lautet: „Die zweite Kammer erklärt, daß sie ihrerseits die von der deutschen Nationalversammlung vollendete Verfassung, so wie sie nach der zweimaligen Lesung beschlossen worden, als rechtsgiltig anerkennt, und die Ueberzeugung hegt, daß eine Abänderung derselben nur auf dem von der Verfassung selbst vorgesehenen Wege zulässig ist."

Die mittelst Verfügung des stellvertretenden Ober-Präsidenten Frhrn. v. Schleinitz, vom 22. März c. ausgesprochene vorläufige Dienstenthebung der Bürgerwehr Breslau's ist durch eine Allerhöchste Verordnung Sr. Majestät des Königs vom 14. April c. bestätigt worden.

Zu Berlin traf am 20. April früh um 6 Uhr mit einem Extrazuge Herr v. Beckerath aus Frankfurt ein, um mit dem Ministerium über die endliche Entscheidung der deutschen Frage zu unterhandeln. Er wohnte Vormittags bereits einer Konferenz des Staats-Ministeriums bei, hatte Mittags eine Audienz bei Seiner Majestät dem Könige und wohnte Abends wiederum einer Sitzung des Staats-Ministeriums bei.

Deutschland.

Freistadt Frankfurt a. M.

Der preußische Bevollmächtigte hat an die Bevollmächtigten der Staaten, welche die Collectiv-Note vom 14. April unterzeichnet hatten, ein Schreiben gerichtet, in welchem er den Empfang derselben anzeigt, und bemerkt, daß durch diesen Schritt die von Preußen beabsichtigte kommissarische Verhandlung überflüssig geworden sei, und er daher weitere Instruktion erwarte.

In der 201. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung war die Tagesordnung die Bernburgsche Angelegenheit. Eine Beschwerde über den Reichskommissair v. Ammon hielt man durch seine Abberufung für erledigt, und ging darüber zur Tagesordnung über. Die anderen Angelegenheiten in dieser Sache wurden dem Reichsministerium überwiesen. Ein Antrag des Altenburgischen Ministeriums „die Erlaubniß zu ertheilen gegen den erwählten neuen Abgeordneten Erbe die bereits begonnene Criminal-Untersuchung fortsetzen und ihn zur Haft bringen zu dürfen" ward an den Untersuchungs-Ausschuß gewiesen. — In der 202ten Sitzung war die Tagesordnung die beantragte Verhaftung des Abg. Peters (Baden). Der Antrag ward verworfen und die Verhaftung nicht gut geheißen. Ueber einen Antrag: „Kaperbriefe gegen Dänemark auszugeben, wird zur Tagesordnung übergegangen. Die Versammlung sprach sich daher gegen die Ausgebung von Kaperbriefen aus. Angenommen wurde hingegen: „dem Reichsministerium zu empfehlen, zur Deckung des den Deutschen voriges Jahr durch Wegnahme deutscher Handelsschiffe zugefügten Schadens in den hoffentlich zu besetzenden feindlichen Gebietstheilen Contributionen auszuschreiben und der dänischen Regierung diese Absicht im Voraus mitzutheilen." Der letzte Gegenstand der Tagesordnung waren Petitionen wegen Friedensunterhandlungen mit Dänemark. Dieselben wurden dem Reichsministerium des Auswärtigen zur Berücksichtigung überwiesen und der Zusatzartikel: „1) bei den Friedensunterhandlungen vollständige Entschädigung der im vorigen Frühjahre durch Wegnahme deutscher Handelsschiffe und Güter dem deutschen Handel zugefügten Verluste; und 2) die Befreiung deutscher Schiffe und deren Ladungen vom Sundzoll zu verlangen" angenommen.

In der 203ten Sitzung traten wieder 16 österreichische Abgeordnete aus. Nach Anzeige verschiedener Flottenbeiträge verliest der Präsidirende folgende dem Präsidenten des

Ministerraths durch den Königl. Preuß. Bevollmächtigten, Herrn Camphausen, zugegangene Note: Sie lautet:

„Herr Minister!

In der Antworts-Rede an die Deputation der deutschen Reichs-Versammlung vom 3. April haben Se. Majestät der König, in Uebereinkunft mit früheren wiederholten Erklärungen der Königlichen Regierung, die Uebernahme der Oberhauptswürde im deutschen Bundes-Staate an das freie Einverständniß der deutschen Regierungen als an eine Vorbedingung geknüpft.

Daß die Kaiserlich österreichische Regierung, abgesehen von der Oberhauptsfrage, in einen Bundes-Staat mit Repräsentativ-Verfassung nicht eintreten werde, war zu erwarten und ist neuerlich von derselben bestätigt worden. Die Königliche Regierung erachtet dadurch den Bundes-Staat innerhalb des deutschen Bundes nicht ausgeschlossen; um so weniger als diese Ausnahme von der Reichs-Versammlung in ihren Beschlüssen vorgesehen ist. Von den übrigen deutschen Staaten haben 28 ihr Einverständniß mit der von der Reichs-Versammlung getroffenen Wahl zu erkennen gegeben, indem sie von der Ueberzeugung ausgingen, daß alle deutschen Regierungen, welchen der Eintritt in den zu errichtenden Bundes-Staat nicht durch ihre besonderen Verhältnisse unmöglich sei, einer völligen Einigung sich anschließen würden. Insbesondere hat die Großherzoglich badische Regierung für den Fall, daß, außer Oesterreich, auch noch andere deutsche Staaten sich nicht anschließen und die Beschlüsse der Reichs-Versammlung als solche somit nicht zum Vollzuge kommen würden, weitere Schritte und Erklärungen sich vorbehalten.

Mehrere der größeren Staaten Deutschlands haben ein Einverständiß bis jetzt nicht zu erkennen gegeben.

Hiernach ist zur Zeit die Vorbedingung der Entschließung Sr. Majestät des Königs nicht vorhanden. Mit Rücksicht jedoch auf die Wichtigkeit des Augenblickes für die künftigen Geschicke Deutschlands, erachtet die Königliche Regierung für angemessen, noch eine kurze Frist zu warten, bevor sie ihren weiteren Entschlüssen die Thatsache zum Grunde legt, daß die Zustimmung größerer deutscher Staaten zu der Sr. Majestät von der Reichs-Versammlung zugedachten Stellung fehle.

Ich stelle Ihnen, Herr Minister, ergebenst anheim, der hohen Reichs-Versammlung von der gegenwärtigen Eröffnung Kenntniß zu geben. Frankfurt, den 17. April 1849.

Der Königl. Preuß. Bevollmächtigte bei der Centralgewalt.
gez. Camphausen.

An den Reichs-Minister-Präsidenten
Herrn Freiherrn von Gagern hier.

Diese Note wurde dem Dreißiger-Ausschuß überwiesen. Ferner theilt der Reichsminister-Präsident die Note des Kaiserl. Oesterr. Bevollmächtigten, Herrn v. Schmerling, mit. Sie enthält die Depesche des Kaiserl. Oesterreichischen Ministeriums vom 5. April. Die darin enthaltene Erklärung: „daß die Reichsversammlung den Erwartungen der Oesterr. Regierung nicht entsprochen habe" erregt eine herzliche und heitere Zustimmung von der linken Seite des Hauses. Dieses Lachen wiederholt sich mehrmals, besonders bei der Erklärung, daß der deutsche Bund noch fortbestehe. Der Abg. Giskra erklärt für seine Person: daß ihm die Oesterr. Regierung kein Mandat für Frankfurt gegeben habe und daß sie ihm daher auch keines nehmen könne. Als man nun zur Tagesordnung überging führte ein Antrag in den italienischen Angelegenheiten zu einer längeren Debatte, indem darauf angetragen wurde, das deutsche Reich solle das Recht der italienischen Nation auf Unabhängigkeit anerkennen. Der Minister-Präsident hofft von der Oesterr. Regierung, daß sie selbst die Hand zu einem italienischen Bunde bieten werde und bittet dringend bei den obwaltenden schwierigen Verhältnissen zwischen Deutschland und Oesterreich, diese Schwierigkeiten durch keinen Schritt zu steigern, der ein feindliches Ansehen gegen Oesterreich annehmen müßte. Das Haus entscheidet sich demgemäß zum Uebergange auf einfache Tagesordnung für diesen Antrag.

Durch Verfügung des großherzoglich badenschen Staatsministeriums vom 13. d. M. ist das weitere gerichtliche Verfahren gegen die wegen Hochverraths in Anklagestand versetzte Amalie v. Struve und deren Bruder Peter Dusar unter der Voraussetzung künftigen gesetzlichen Betragens niedergeschlagen, und sind in Folge dessen Beide der Haft entlassen worden. — Die öffentliche gerichtliche Verhandlung gegen Joseph Fickler ist nunmehr auf den 2. Mai festgesetzt.

Deutsch-dänischer Krieg.

Den meisten Verlust bei den düppeler Schanzen am 13ten d. M. hatten die Sachsen, besonders das Schützen-Bataillon aus Leipzig, die 11 todte oder verwundete Offiziere und 147 todte oder verwundete Soldaten haben, da sie dem Kartätschenfeuer dänischer Batterieen sehr ausgesetzt gewesen sind, dabei aber den größten Muth bewiesen haben. Dem sächsischen General wurde ein Pferd unter dem Leibe erschossen, auch Prinz Albert von Sachsen ist lange im feindlichen Kanonenfeuer gewesen und hat großen Muth bewiesen. Die Bayern haben verhältnißmäßig viel geringeren Verlust erlitten; übrigens wetteifern alle unsere deutschen Truppen ohne Ausnahme, sowohl im Muth, wie im heiteren Ertragen aller Strapatzen, und es herrscht im ganzen Heere ein Geist, wie er nicht besser gewünscht werden kann. Die düppeler Mühle ist von einem bayerischen Offiziere auf Befehl des kommandirenden Generals angezündet worden, da der Müller fortwährend unsere Stellung den Dänen auf Alsen signalisirt hat.

Am Morgen des 15. April und am Abend desselben Tages machten die Dänen aus dem Brückenkopfe vor Sonderburg mit etwa zwei Bataillonen Ausfälle, kehrten aber nach unbedeutenden Tirailleurgefechten wieder zurück.

Die Dänen begnügen sich jetzt damit, sobald sie Jemanden auf den Düppeler Höhen erblicken, aus dem Brückenkopfe Kugeln zu senden. Als die Bayern und Sachsen die obigen Höhen in Besitz nahmen, war die dänische Kanonade von Alsen her so mörderisch, daß die ältesten Offiziere, die frühern Schlachten beigewohnt, solche nicht erlebt zu haben behaupten. Das Kleingewehrfeuer ward gar nicht beachtet, denn Bomben und Kugeln aller Art entluden sich in Masse.

In Folge des Auffliegens des Linienschiffs hat sich unweit Eckernförde auf dem Gute Windebye kurz nach der furcht-

baren Katastrophe diese in merkwürdiger Weise gewissermaßen wiederholt. Alle Augenzeugen berichten, wie bis zu einer unglaublichen Höhe der Kern der Explosion, gehüllt in dichten Rauch und Qualm, dabei feurige Kugeln (Raketen, Bomben, Kartätschen ꝛc.) streuend, aufgestiegen. Diese Masse, die in der Mitte den feurigen Inhalt manchmal durchblicken ließ, ist, getrieben vom Ostwinde, schnell auf Windebye zugeflogen und dort auf einer nahebelegenen Koppel mit einem so starken Knall geplatzt, daß in dem Herrenhause Hunderte von Fensterscheiben gesprungen sind. Der Inhalt bedeckte die zweite Koppel im wahren Sinne des Wortes und bestand in einer großen Menge schwerer Kanonenkugeln und dergleichen, in vielen Stücken Eisen und sonstigem Metall, in bedeutenden Stücken von Balken. Man hat sofort mehrere Karren voll Kugeln aufgesammelt. Zugleich löste sich beim Zerplatzen der Masse eine leichtere Masse von geringerem Umfang, flog noch eine Strecke weiter und zerplatzte auf dem Hofe des Gutes selbst, zum großen Schrecken der Bewohner. Die letztgedachte Explosion entzündete zugleich eines der Wirthschaftsgebäude; das Feuer ward indeß rasch gelöscht. Was enthielt aber diese Masse? Lauter kleinere und leichtere Gegenstände aus der Kajüte, Toilettsachen, Wäsche, auch das fast unversehrte Logbuch des Schiffes. Man muß annehmen, daß es der eigentliche Inhalt der Pulver- und Munitionskammer gewesen ist, der mit unwiderstehlicher Gewalt Alles mit sich fortgerissen hat, und nachdem er einmal zu jener enormen Höhe aufgeschleudert war, trotz seiner Schwere durch den in den höheren Regionen besonders starken Ostwind eine Viertelmeile weit hat fortgetragen werden können.

Oesterreich.

Der gewesene Reichstags-Deputirte, Dr. Goldmark, ist von dem wiener Stadt-Kriminalgerichte als qualifizirt zur strafgerichtlichen Untersuchung wegen Hochverrath und Mitschuld am Morde erkannt worden, daher dasselbe dessen steckbriefliche Verfolgung beschlossen hat.

In Galizien herrscht großer Futtermangel.

Ungarischer Krieg.

Der neue kommandirende F.-Z.-M. Baron Welden ist zu Pesth angekommen und die österreichischen Truppen empfangen ihn überall mit Vivats. Am 16. April Abends fand eine große Recognoscirung gegen die Magyaren statt. Allein das Centrum derselben zog sich sogleich vor den kaiserl. Truppen zurück, die jetzt zahlreiche Verstärkungen erhalten. Aufs neue soll das russische Kabinet seine Beistimmung zu einer Hülfsleistung in Siebenbürgen gegeben haben. Das russische Hülfscorps, bestehend aus 20,000 Mann Infanterie, 4000 Mann Kavallerie und 24 Kanonen, befehligt vom russ. General-Lieutenant v. Möller, wird aber nicht eher zu operiren beginnen, bis nicht die Oesterreicher aus Süden, Westen und Norden einen bereits verabredeten Angriff auf die Landesstrecke am linken Theisufer beginnen. — Auch der Patriarch der Serben hat für die serbische Wojwodschaft Hülfeleistung nachgesucht. — Komorn wird nach wie vor von einem Belagerungscorps von 20,000 M. ohne Störung von Außen cernirt und bombardirt; es gelang den Belagerern, die feindliche Brücke, welche die Festung mit dem am rechten Donau-Ufer gelegenen Brückenkopfe verbindet, durch Geschützfeuer zu zerstören. — Die österr. Armee leidet Mangel an Aerzten.

Die Brigade Götz, welche von Waitzen zurückgedrängt wurde, hatte, nachdem sie Verstärkung erhalten, eine Stellung an der Gran genommen. Die Brücken sowohl über die Gran als über die Eipel sind abgebrannt. Jetzt stehen sich dort beide Armeen einander gegenüber; der äußerste Flügel der Ungarn lehnt sich an das Pesther Stadtwäldchen an, ein anderer hielt die Steinbrucher Gegend besetzt. Die Insurgenten stehen unter dem Befehl Görgey's. Die Bevölkerung von Pesth war keinen Augenblick vor einem Einfall der Ungarn sicher.

Die k. k. Truppen, welche sich aus Siebenbürgen nach der Walachei begeben hatten, sind seit dem 1. April auf dem Marsche in das Banat. Der kommandirende General Kalliany befindet sich in Pitesti, um die dort vorbeiziehenden Kolonnen zu inspiziren. Aus Siebenbürgen selbst erfahren wir jetzt gar nichts. Die Grenze ist streng durch russische und türkische Truppen bewacht, die immer stärkere Zuzüge erhalten.

Frankreich.

Die franz. Regierung ist endlich aus ihren Zögerungen herausgetreten; es sollen 14,000 Mann Franzosen in Civitavecchia gelandet werden, um den Papst in seine weltliche Herrschaft wieder einzusetzen. Die franz. Flotte hat mit obiger Truppen-Anzahl, welche General Oudinot kommandirt, jetzt bereits Toulon und Marseille verlassen. In der Sitzung der Nationalversammlung am 16. April machte die Regierung derselben hinsichtlich dieser bewaffneten Expedition nach Italien Mittheilung. Der Minister-Präsident überreichte zugleich der Versammlung einen Gesetzes-Entwurf, wodurch der Regierung ein außerordentlicher Kredit von 1,200,000 Fr. eröffnet wird, um während dreier Monate ein Expeditionscorps auf dem Kriegsfusse zu erhalten. In seiner Rede sagte er: „Oesterreich, auf seine Siege gestützt, sei in Toskana eingedrungen, und die neuesten Berichte, welche die franz. Regierung empfangen, stellten eine Krisis in den römischen Staaten nahe dar; Frankreich könne bei diesen Ereignissen nicht gleichgültig bleiben. In nähere Details könne er nicht eintreten, indem dergleichen Maßregeln, wenn sie gelingen sollten, mit Verschwiegenheit behandelt werden müßten. Eile zur Bewilligung des geforderten Credits von 1,200,000 Fr. sei nothwendig, wenn die Oesterreicher nicht vor den Franzosen in Rom einziehen sollten. Er bitte daher die Versammlung die Dringlichkeit auszusprechen und sich in

ihre Abtheilungen zurückzuziehen, um die Eröffnungen des Ministeriums zu berathen." Für diesen Antrag erhebt sich die ganze Rechte und ein großer Theil der Linken. Die Dringlichkeit wurde dadurch ausgesprochen und die Versammlung zog sich in die Abtheilungs-Säle zurück; die Sitzung wurde auf drei Viertelstunden suspendirt, um eine Prüfungs-Kommission für den ministeriellen Antrag zu erwählen, welche sich mit Letzterem sofort beschäftigte. Als gegen 4 Uhr die Versammlung wieder eröffnet wurde beschäftigte sich dieselbe, in Gewärtigung des Wahlresultats, indeß mit dem Finanzbudget. Nach Erledigung zweier Artikel verliest der Präsident die Namen der erwählten Kommissionsmitglieder und ersucht sie, sich sofort zurückzuziehen, um zu berathen. Während dieser Berathung wird im Finanzbudget weiter fortgefahren; endlich wird angezeigt, daß die Kommission ihren Bericht über die Intervention in Italien nicht vor 8 Uhr beenden könne. Nach einer lebhaften Debatte wird eine Nachtsitzung beschlossen, welche um 8½ Uhr zu beginnen habe. In derselben bewilligte die National-Versammlung mit einer Majorität von 112 Stimmen den verlangten Credit, nachdem der Minister dargelegt, daß es die Absicht des Ministeriums sei, nicht zu erlauben, daß die Restauration des Papstes ohne die Dazwischenkunft Frankreichs stattfände; deswegen solle die Intervention unternommen werden. Nachdem die Bewilligung der Nationalversammlung erfolgt war, hat die Regierung der Flotte den Befehl ertheilt, abzusegeln. Truppen (14,000 Mann), das Material und Proviant waren eingeschifft; die Truppen sollen zu Civita-Vecchia landen; von dort sind es zwei Tagemärsche nach Rom.

Der Graf von Montemolin ist in der Nacht vom 14. zum 15. April in Begleitung zweier franz. Beamten durch Paris nach Calais gebracht worden, wo er wieder nach England eingeschifft wurde.

Spanien.

Am 9. April fiel zwei Meilen von Toledo ein blutiges Gefecht zwischen 82 berittenen Karlisten und 48 Gendarmen vor. Letztere mußten sich vor der Uebermacht zurückziehen. Keiner von ihnen erhielt jedoch, wie der amtliche Bericht meldet, eine Wunde im Rücken.

Der General-Capitain von Catalonien hat durch Courier gemeldet, daß der Oberst Hore am 6. April den karlistischen Chef Marsal und seinen Adjutanten Romero gefangen nahm. Dieser Marsal genoß, nach Cabrera, des höchsten Ansehens unter den dortigen Karlisten. — Cabrera war am 4ten mit 1000 Mann in Caserras. Der bekannte karlistische General Zariategui soll sich bei ihm befinden.

In der Rioja (am Ebro) sind 30 Personen als Theilnehmer an einer karlistischen Verschwörung verhaftet und zur Aburtheilung nach Burgos abgeführt worden.

Großbritanien und Irland.

Der über die Sikhs durch Lord Gough am 21. Februar erfochtene Sieg war vollständig, indem dieselben alle Kanonen, Munition und Lagergeräthschaften verloren. General Gilbert rückt mit einem Corps vor, um alle festen Plätze bis zur Mündung des Chyberpasses zu besetzen. Noch verlautet nichts, ob das Pendschab dem britischen Indien einverleibt werden soll oder nicht.

Italien.

Lombardisch-Venetianisches Königreich.

Die Friedensunterhandlungen haben zu Mailand nun endlich begonnen. General la Bormida ist mit den ausgedehntesten Vollmachten versehen worden, und wird mit dem Handelsminister Herrn von Bruck die Bedingungen des Friedens feststellen.

Mit den Belagerungsarbeiten gegen das Fort Malghera (bei Venedig) wird es jetzt Ernst. Bereits ist der Belagerungs-Park, bestehend aus 60 Geschützen schwersten Kalibers und 4 Mörser-Batterieen, von Verona dahin abgegangen. Man glaubt, daß am 20. April die Laufgräben eröffnet werden dürften. F.-M.-L. Baron Haynau ist zu Mestre angelangt um die Belagerungsarbeiten mit seiner bekannten Energie zu betreiben.

Sardinien und Piemont.

Genua ist nicht durch Kampf bezwungen worden, sondern durch eine Kapitulation übergegangen. Die Truppen sind ruhig eingerückt. Eine General-Amnestie, wovon nur 12 Mitglieder ausgenommen, ist ertheilt worden.

General La Marmora ist zum außerordentlichen Königl. Kommissar für Genua ernannt und in dieser Stadt der Belagerungszustand proklamirt worden.

Toskana.

Die toskanische Republik hat ihr Ende erreicht. In der Hauptstadt Florenz fand am 11. April ein Aufstand zu Gunsten des Großherzogs statt, wobei die ganze Bevölkerung ihren Enthusiasmus kund gab. Die Kammer ist aufgelöst; der Präsident der Regierung, Guerrazzi, wird bewacht. Eine Deputation ging nach Gaeta zum Großherzog ab. Die Freiheisbäume sind niedergerissen und die großherzogl. Wappen wieder aufgestellt.

Neueste Nachricht.

Nach einer von Wien am 20. April Abends 5 Uhr mitgetheilten Nachricht sind die Ungarn bei Gran total geschlagen worden. (Schon am 16. besetzten die Oesterreicher Waitzen wieder; die von dort zurückgedrängten Ungarn stießen bei Neu-Pesth auf die k. k. Vorposten und alsbald stand die ganze österreichische Armee in Schlachtordnung; die Ungarn wurden schon an diesem Tage durch ein fürchterliches Artilleriefeuer geworfen.)

(Nebst Beilage.)

Ein Wort über Auswanderung.

(cf. Magazin für die Literatur des Auslandes. 1848. Nr. 36.)

Wir leben in einer Zeit, wo die Menge den verführerischen Beschreibungen von fernen Gegenden Gehör schenkt und gern alles das glaubt, was ihr gesagt wird, um auf eine gute Aufnahme und auf künftiges Glück hoffen zu können. Es ist aber nicht gleich, wer auswandert, und eben so wenig, wohin man auswandert. Leute von bedeutendem Vermögen können sich überall eine wünschenswerthe Existenz gründen. Aber so viel sollte eigentlich jeder mitnehmen, um sich ankaufen zu können. Wer das nicht kann, wird zwar auch noch, wenn ihn das Glück begünstigt, in den Kolonien seine Stellung und seinen Zustand verbessern können, aber er muß sich durchaus entschließen, in der ersten Zeit mit jeder Beschäftigung, die sich ihm darbietet, vorlieb zu nehmen, sollte er auch damit den Anfang machen müssen, das Vieh in Australien zu hüten. Wer das nicht verschmäht, wird sein Brodt finden und nach und nach Ersparungen machen, die ihm mit der Zeit die Mittel liefern, sich zu dem Range der kleinen Eigenthümer zu erheben. Unter den Handwerkern haben die Bergleute in Australien die meiste Aussicht auf eine bessere Zukunft. Die Ackerbauer können zwar in allen englischen Kolonien auf Verbesserung ihrer Lage hoffen, doch wird ihre Hauptthätigkeit in Australien auf Vieh- und Schafzucht zu richten sein.

Was die Gegenden betrifft, wohin die Auswanderungen stattzufinden pflegen, so sind zuerst die Vereinigten Staaten zu nennen, dann Kanada und die andern britischen Kolonien in Nordamerika und endlich Australien und Neuseeland. 1847 betrug die Anzahl der Auswanderer aus Großbritanien nach den Vereinigten Staaten 142000, nach Kanada 109000 und nach Australien nur 5000. Daß die erstgenannten Länder so überwiegend vorgezogen wurden, liegt theils in den nahen Verwandtschaftsverhältnissen der Ausgewanderten und Zurückbleibenden, theils aber und hauptsächlich in der Möglichkeit, die erstern Länder mit viel geringern Kosten erreichen zu können. Um die Vorzüge der verschiedenen Kolonien gehörig abzuschätzen, muß man hauptsächlich den Arbeitsbedarf, den Preis der Lebensmittel, der Kleidung, den Werth des Bodens, die Zugänglichkeit und die Ertragsfähigkeit desselben erwägen, theils aber auch das Klima und die größere oder geringere Schwierigkeit berücksichtigen, mit welcher das Land sich den Bedürfnissen seiner Bewohner fügt und ihre Wünsche befriedigt. Folgende Resultate bieten eine vergleichende Uebersicht. Landbebauern wird im westlichen Kanada bezahlt 200 rtl. jährlich, im östlichen 20 bis 24 sgr. täglich, in Neubraunschweig 113 rtl. jährlich, in Neuseeland 133 bis 200 rtl., in Neu-Süd-Wales 150 bis 200 rtl., in Südaustralien 166 bis 200 rtl. und in Westaustralien 133 bis 166 rtl. jährlich, wobei Wohnung und Beköstigung, außer bei den Tagelöhnern, mit inbegriffen ist. Der tägliche Lohn der Maurer in Kanada ist 1 rtl. 20 sgr. bis 2 rtl., in Neuseeland und in Neu-Süd-Wales ebensoviel, und in Australien 2 rtl. 8 sgr. bis 2 rtl. 20 sgr. Die gesuchtesten Handwerker sind Schlosser, Zimmerleute, Maurer, Tischler.

In Kanada wird das Land in Abtheilungen zu 200 oder 100 Acres verkauft, in Westkanada der Acre zu 2 rtl. 5 sgr., in Ostkanada zu 1 rtl. 10 sgr. bis 2 rtl., in Neubraunschweig ist der geringste Verkauf zu 50 Acres, der Preis 26½ sgr. der Acre; in Neuseeland, Neu-Süd-Wales, in Süd- und Westaustralien aber wird das Land in Abtheilungen von 640 Acres verkauft, der geringste Preis ist 6 rtl. 20 sgr. (1 Pfd. Sterling) für den Acre. Dieser ungeheure Unterschied der Verkaufsweise in den verschiedenen Staatsländereien rührt von der Absicht her, ein günstiges und dauerndes Verhältniß zwischen dem Kapital und dem eingeführten Arbeitslohn herzustellen, die Folge ist aber Verzögerung der Kolonisation und allgemeine Unzufriedenheit unter den Ansiedlern. Denn durch die hohen Preise und den großen Umfang der zu verkaufenden Grundstücke werden die ärmeren Klassen verhindert, ihre Ersparnisse zum Landankauf anzuwenden, und so wird die Entwickelung jener Klasse kleiner wohlhabender Grundeigenthümer, welche fast überall den glücklichsten Theil der Bevölkerung ausmachen, gehemmt. Mit einer solchen Einrichtung scheint die Regierung förmlich zu erklären: Wir wollen nur Grundeigenthümer, die im Stande sind 4 bis 5000 rtl. vorweg auszugeben.

Bei einer Vergleichung der Kolonien Nordamerikas mit denen Australiens muß man im Interesse der ärmeren Klassen außer der billigen Ueberfahrt auch den leichten Ankauf des Bodens berücksichtigen. Darneben sind aber andere Punkte nicht zu übersehen, vor allen das Klima. In Kanada sind die Winter sehr streng, das Thermometer fällt zuweilen bis auf 26 Grad und die Temperatur ist 7 Monate hindurch sehr niedrig. Im Frühjahr sind die Wege unfahrbar und es hält oft schwer auszugehen, während im Sommer die Hitze bis auf 30 Grad im Schatten steigt, wobei man von den Moskitos ebenso geplagt wird, wie unter dem Aequator. Haupterzeugniß ist der Weizen; Gerste wird wenig gebaut, der Hafer ist mittelmäßig, die Kartoffel schlechter als in England. Westkanada, zwischen den großen Seen Ontorrio, Erie und Hurroa liegend, bietet den Auswanderern ein ergiebigeres Feld, denn es enthält bei gemäßigterem Klima den schönsten Boden.

Die Vortheile und Hilfsquellen der australischen Kolonien sind auch gering und im Entstehen auch noch wenig bekannt, werden aber künftig gewiß zu großer Wichtigkeit gelangen. Das Klima Australiens bietet alle Abstufungen zwischen dem der Tropenländer und den des südlichen Englands dar, und hat, was die Gesundheit betrifft, kaum seines gleichen in der Welt. Die Winter sind mild. Das Gras wächst während des ganzen Jahres, so daß die Viehheerden einer künstlichen Fütterung nicht bedürfen, und man sie daher in viel größerer Anzahl und mit weit geringeren Kosten, als in andern Ländern, unterhalten kann. Die Schafe haben sich so vermehrt, daß es den Eigenthümern nicht möglich ist, sie alle zu benutzen, und man sie in großer Menge tödten muß, um wenigstens den Talg zu gewinnen. Die Produkte des fruchtbaren Bodens sind unter dem günstigen Klima ebenso verschiedenartig als ausgezeichnet, und alles dort Gewonnene büßt nur einen geringen Theil des Werthes durch den Transport ein, da nur zu Wasser die Ausfuhr stattfindet. Schon erheben sich an den Hauptpunkten Dörfer und Städte, die gewiß bald sichtbare Zeichen von Industrie und Civilisation verbreiten werden. Nur ein einziger Umstand verhindert noch den Aufschwung dieses schönen, von der Natur so begünstigten Landes, die Abwesenheit derer nämlich, welche Nutzen und Vortheil daraus ziehen könnten, denn die Bevölkerung ist noch gar zu gering. Wäre die Bevölkerung zahlreicher, so hätten die Kolonisten nicht nöthig, ihre Schafe zu tödten, sondern könnten deren Wolle gewinnen, der Ackerbau würde blühender sein, als sonst irgendwo, und die mineralischen Schätze würden nicht im Schooße der Erde verborgen bleiben.

Was von Australien gesagt ist, gilt auch zum großen Theil von Neu-Seeland; auch hier ist das Klima günstig, der Boden fruchtbar und alle Früchte gedeihen. Auch findet man dort alle möglichen Bequemlichkeiten zur Schafzucht, und eine sowohl feine als langhaarige Wolle. Die Steinkohle, das Kupfer kommen im Ueberflusse vor; es sind alle nöthigen Elemente zum Gedeihen und zur Entwickelung eines kräftigen und glücklichen Volkes vorhanden — aber es fehlt die Bevölkerung.

Betrachtungen eines armen Webers im Volkenhainer Kreise.

Lieber Herr Bote aus dem Riesengebirge! Meine Schocke bringe ich nicht mehr weg, weil der Däne keine Leinwand mehr aus Schlesien herausläßt. Da nun alle Welt behauptet, daß es mit unserm Leinhandel nicht wieder besser, sondern von Jahr zu Jahr schlechter werden wird, so hat mir Meine gerathen, es mit der Feder zu versuchen, mit welcher sich jetzt Viele ihr Brod verdienen, und Ihnen Berichte aus dem Volkenhainer Kreise zu schicken, damit die Leute erfahren, daß es auch nach der Revolution noch einen solchen Kreis gibt. Viele sagen nämlich, der Volkenhainer Kreis wäre trotz der Revolution sehr altmodig geblieben und von der neuen Regierung sähe man hier nichts. Wir hätten noch immer den alten Landrath, der alle Woche nur sechs Stunden im Kreisamte zu finden ist, auch gäbe es noch dieselben Steuereinnehmer und grade eben so viel Steuern und Gaben als sonst. Auch die alten Grundherrschaften wären noch da, welche nach wie vor von ihren Unterthanen sprächen und Zinsen verlangten.

Ja, seit Erscheinen des Bürgerwehr-Gesetzes soll selbst in der Stadt Volkenhain die Bürgergarde verschwunden sein, bis auf deren Musikchor, welches sich das Recht nicht nehmen lassen will, zuweilen an die große Trommel zu schlagen. Von der Habeaskorpusakte nehme in unserm Kreise niemand Notiz, denn die Gießmannsdorfer Ortsgerichte hätten sich ohne weiteres erlaubt, bei einem Spitzbuben, mitten in der Nacht, Haussuchung zu halten, und dem Manne die von ihm gestohlenen Sachen widerrechtlich wegzunehmen. Das alles ist nun leider wahr, aber, lieber Herr Bote, Sie können es allen lesenden Ständen im Riesengebirge dreist verkünden, daß die Volkenhainer Kreisbewohner gar nicht so reactionär sind, als es nach diesem allen scheinen möchte. Wozu trommelte denn sonst die märkische Landwehr unaufhörlich in unsern Dörfern herum und schleppte sich mit scharfen Patronen, wenn man nicht fürchtete, daß der Volkenh. Kreis plötzlich eines Morgens demokratisch aufstehen könnte, nachdem er Abends zuvor ganz konstitutionell sich zu Bette gelegt hätte! Nein, lieber Herr Bote, wir Volkenhainer haben bewegte Herzen, in denen die Hoffnung auf bessere Zustände wie ein Mühlrad herumgeht. Haben wir unsere Deputirten nicht in die erste und zweite Kammer geschickt, daß sie den Ministern ein Licht aufstecken sollen, bei dessen Scheine diese finden können, was uns fehlt! Sobald die Kammern nur erst fertig sein werden mit den nöthigen Adressen und Interpellationen, mit den Berliner Belagerungen und der deutschen Kaiserkrone, mit den Buddelmeierschen Plakaten und dem Vereinswesen, dann wird gewiß Schlesien das beglückte Land sein, dessen Rustikal- und Webernoth zur Berathung kömmt. In der ersten Kammer haben die Herren, wie ich aus Ihrer Zeitschrift ersehen habe, schon sehr für uns arme Weber geeifert, daß man uns keine Steine, sondern Brod geben möge. Das ist sehr schön von den Leutchen, wenn es nur nicht bloß beim guten Willen verbliebe. Im v. J. waren wir Weber froh, daß uns die Regierung in Steinen zu arbeiten gab, nämlich beim Straßenbau im hies. Kreise, jetzt aber ist weder von Steinen, noch vom Brodte die Rede, denn unsere Kreisbehörde ist nicht für den Fortschritt, wenigstens nur für den sehr allmähligen Fortschritt, und hat darum auch alle Straßen in einem Zustande gelassen, daß man auf ihnen stets nur langsam voran konnte. Voriges Jahr nun, da trieb ein Keil den andern, da ging es denn auch mit dem Straßenbau vorwärts, aber jetzt scheint es damit zu Ende zu sein, und man wird sich hüten, uns We-

dern beim Straßenbau etwas zu verdienen zu geben, damit hierdurch nicht etwa den constitutionellen Bolkenhainern die Wege nach dem demokratischen Landshut hin gebahnt würden. Um der schlechten Wege willen hat auch, wie ich höre, unser Kreis darauf angetragen, ein eigenes Kreis-Gericht zu erhalten, obgleich die hohe Behörde in Breslau bestimmt hat, daß wir armen Weber in den Gebirgsdörfern des Bolkenhainer Kreises nach dem 9 Stunden entfernten Striegau zu Gericht wandern sollen, weil es jetzt Mode sei, daß das Größere in dem Kleineren aufgehe: Preußen in Kleindeutschland, der Bober in dem Zacken, so der viel größere Kreis Bolkenhain in dem kleineren Kreis Striegau. Die Proteste dagegen werden wohl wenig helfen, denn die Staatsregierung ist, dem Bolkenhainer Kreise gegenüber, eine starke Regierung, welche spricht: was ich geschrieben habe, das habe ich geschrieben! In die Gewalt des Stärkeren muß man sich aber fügen, hat sich doch selbst die Nationalversammlung in das Ministerium Brandenburg fügen müssen! Unsere Kammern aber haben wichtigeres zu thun, als den Minister darüber zu interpelliren, daß die kleinen Leute im Bolkenhainer Kreise sich zwei Arbeitstage verlaufen müssen, so oft sie etwas bei ihrem Gerichte in Striegau zu thun haben. Zwar sprechen die Leute, die Stadt Bolkenhain sei zu klein, so daß fünf Richter dort nicht Platz hätten, doch da brauchte man ja nur die Kompagnie Soldaten herausmarschiren zu lassen, so würden fünf Kreisrichter wohl hinein können. Allein, wie gesagt, gegen eine starke Regierung vermag der Bürger nichts. — Mit passivem Widerstand ist vollends gar nichts mehr auszurichten. Wir dachten, in unserer Gemeinde auch unsere Zinsen und Steuern an die Grundherrschaft dadurch los zu machen, daß wir uns im zahlen derselben passiv verhielten. Da schickte uns aber die Regierung Soldaten mit scharfen Patronen, und der Herr Lieutenant bewies uns mit scharfen und spitzigen Gründen, daß der passive Widerstand blos für Nationalversammlungen und Bürgerwehren in großen Städten passend sei, wir Weber und Bauern hätten nur aktive Bedeutung. Nun, wir Bolkenhainer nehmen Gründe an, und treiben's nicht so scharf, wie der Landshuter Herr. der gleich ein ganzes Corps Offiziere herausgefordert hat. Wie gesagt, wir hoffen und hoffen, daß es gewiß einst in unserm Kreise über kurz oder lang besser werden wird. Wenn nur erst unsere sämmtlichen Wege in fahrbaren Stand gesetzt sind, dann wird unsere Kreisbehörde schon Gelegenheit finden in den einzelnen Gemeinden Umschau zu halten und einmal mit eigenen Augen in die Armenpflege und Gemeinde-Kassen-Verwaltungen zu blicken, wenn nur erst in der Kreisstadt bessere Gasthöfe, Kaffeehäuser und dergleichen entstehen, so wird sich schon ein Kreisgericht mit seinen Räthen und Assessoren dort einrichten, wenn unsere Deputirten in den Kammern nur erst mehr, als Ja und Nein sprechen, so wird das Ministerium schon Respect vor Bolkenhain bekommen und im Kreise etwas aufräumen, was gar sehr nöthig wäre. Bis dahin, wo dies geschieht, und bis ich Arbeit entweder beim Straßenbau oder hinter dem Webestuhl bekomme, werde ich aber bei der Feder bleiben und Ihnen, wenn Sie es wünschen, Berichte über unsern Kreis liefern. Aller Anfang ist schwer, jedoch soll mein zweiter Bericht schon besser und gewichtiger ausfallen, wenn mir nicht etwa die märkische Landwehr-Kompagnie, die jetzt als Polizeibehörde des Kreises patrouillirt, mein Schreibmaterial versiegelt. — ≅

1611. **Verspätet.**

Wolfsdorf bei Goldberg den 18. April 1849. Im Monat Oktober vorigen Jahres war hier der Lehrer und Gerichtsschreiber Walter gestorben. Die Gemeinde hatte zur Wiederbesetzung des Postens das Direktorium der Ritterakademie in Liegnitz, als Patronatsherrschaft, um freie Wahl gebeten und das Zugeständniß für dieselbe unter Vorbehalt der Rechte für künftige Fälle bereitwillig erhalten. Dies und der Umstand, daß der nach abgehaltener Probe gewählte Lehrer, Herr Meister aus Sagan in der Gemeinde Wolfsdorf vor fünf Jahren schon als Hilfslehrer gewirkt und sich damals das allgemeine Vertrauen der Gemeinde erworben hatte, bewogen die Schulvorsteher und die Bauernschaft, ihren neuen Lehrer auf eine festliche Weise einzuholen. Herr Meister hat in Goldberg seine Mutter. Aus ihrer Behausung wurde er am 31. März durch eine Deputation aus Wolfsdorf, in den Gasthof zum Pelikan abgeholt, von wo nach eingenommenem Frühstück ein Zug von zehn Wagen Herrn Meister nach Wolfsdorf begleitete. Eine Viertelstunde vor dem Dorfe hatte sich die Schuljugend, festlich geschmückt mit Fahnen und Kränzen, aufgestellt. Nach einer kurzen Anrede eines Schulkindes setzte sich der Zug zu Fuß, die Schulkinder mit einem Musikchor an der Spitze, in Bewegung, und wurde so der Herr Meister nach seiner Wohnung begleitet. Daselbst angekommen, dankte derselbe in einer kurzen Ansprache für empfangene Liebesbeweise und bat besonders um das Vertrauen der Gemeinde, das sich vor Allem auch darin zeige, wenn das Haus mit der Schule vereint für das große Ziel einer wahrhaft guten Kindererziehung wirkten. Abends wurden sämmtliche Schulkinder, wie alle andern Theilnehmer an dem Feste von einzelnen Gemeindegliedern freundlich bewirthet. Herr Meister fand bei der Uebernahme seiner neuen Wohnung viele und bedeutende Geschenke an Naturalien. Alles vereint, deutet darauf hin, daß auch in der Gemeinde Wolfsdorf das Interesse für die Schule im Steigen begriffen ist, und wünscht die Gemeinde nur, mit ihrem neuen Lehrer in Friede und Einigkeit leben zu können, dann dürfte das Verhältniß zwischen ihm und der Gemeinde, bei dem durchaus guten Sinne der Letztern, ein nur erfreuliches und segensreiches werden.

1621. **Bitte.**

Die edlen Wohlthäter, welche ihre milden Geldspenden nur mit der Bemerkung „für die Abgebrannten" an das hiesige Comité zur Vertheilung übersendet haben, bitte ich ganz ergebenst, mir recht bald brieflich eine gefällige Mittheilung machen zu wollen: ob von diesen milden Gaben die hiesige Kirche und Schule ausgeschlossen bleiben solle oder nicht? Der Ausdruck „für die Abgebrannten" hat bis jetzt die übrigen Comitémitglieder abgehalten bei der Vertheilung auch auf Kirche und Schule Rücksicht zu nehmen, obgleich beide auch abgebrannt und der Unterstützung dringend bedürftig sind. Wenn daher in den verehrlichen Begleitschreiben der Kirche und Schule keine besondere Erwähnung geschah, so habe ich für dieselben auch nichts erhalten. Falkenhain, den 21. April 1849.

Pohl, Pfarrer und Comitémitglied.

*

Entbindungs-Anzeige.

1615. Die gestern früh 10 Uhr erfolgte, zwar schwere, aber glückliche Entbindung meiner lieben Frau, Johanne Christiane, geb. Schmidt, von einem gesunden Knaben, zeige ich hiermit theilnehmenden Freunden ergebenst an.

Hirschberg, den 22. April 1849. Berthold Ludewig.

Todesfall-Anzeige.

Mit tiefbetrübtem Herzen mache ich entfernten Freunden und Bekannten die schmerzliche Anzeige, daß am 20. d. M. meine treue, liebe Gattin an der Auszehrung in einem Alter von 51 Jahren seelig verschieden ist.

Boberröhrsdorf d. 23. April 1849. Hackert,
1646. Schuhmacher und Gerichtsgeschworener.

Literarisches.

1622. **Bei Hoffmann und Campe in Hamburg sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu bekommen, in Hirschberg bei Ernst Nesener:**

Specialkarte von Holstein, 25 Sgr.
— — = Nord-Schleswig, 9 sgr.
— — = Süd-Schleswig, 9 sgr.
— — = Jütland, 9 sgr.

Diese, auf trigonometrischen Vermessungen beruhenden Karten, sind die genauesten und besten von allen im deutschen Buchhandel erschienenen.

Ferner: Der Kampf bei Eckernförde am 5. April 1849. Nebst Plan. Preis 5 Sgr.

Ev.-lutherische Predigt den 2. Mai um 9 und 2 Uhr in Herischdorf. Der Vorstand. 1645.

1614. **Christkatholischer Gottesdienst in Hirschberg Sonntag den 29. April, und Mittwoch den 2. Mai (Bettag), Vormittag 9½ Uhr, im Stadtverordneten-Conferenz-Zimmer.**

1619. Der Lehrerverein im Landeshuter Kreise versammelt sich am 28. April c. Nachmittags um 2 Uhr im gewöhnlichen Lokal hieselbst. Es wird um recht zahlreiche Theilnahme gebeten.

Landeshut den 18. April 1849.

1644. **Der Handwerker-Verein** versammelt sich Donnerstag, den 26. April, in Neu-Warschau.

1626. Sitzung des konstitutionellen Vereins von Warmbrunn und Umgegend Freitag den 27. April bei Tietze in Hermsdorf u. K. Tagesordnung: Schwurgerichte, Gewerbegerichte.

Amtliche und Privat-Anzeigen.

1624. Die mehrfach in den städtischen Forsten verübten Brandstiftungen veranlassen uns, demjenigen, welcher uns einen derartigen Brandstifter so anzeigt, daß derselbe zur Kriminaluntersuchung gezogen werden kann, hiermit für die stattgehabten und für künftige Fälle eine Belohnung von 20 Rthlrn. auszusetzen.

Hirschberg, den 23. April 1849.

Der Magistrat.

1620. **Bekanntmachung.**

Die Personen-Posten von Hirschberg nach Freyburg (Breslau) erhalten in Folge Eintritts des Sommer-Fahrplans auf der Freyburg-Breslauer Eisenbahn hier ihre Abfertigung

„vom 1sten k. Mts. um 10 Uhr Morgens über Landeshut" und

„vom 30sten dieses Mts. an um 10 Uhr Abends über Bolkenhain."

Hirschberg, den 18. April 1849.

Post-Amt. Günther.

1623. Montag, den 30. April c., Nachmittags 2 Uhr, sollen auf den hartauer Boberwiesen mehrere Stücke Eichenholz meistbietend und gegen sofortige Bezahlung verkauft werden.

Hirschberg, den 23. April 1849.

Die Forst-Deputation.

1610. **Nothwendiger Verkauf.**

Der Termin zur Subhastirung des Chirurgus Stockmann'schen Hauses, Nr. 30 zu Alt-Kemnitz, wird am 27. April c. nicht daselbst, sondern auf hiesigem Kreis-Gericht abgehalten werden.

Hirschberg, den 14. April 1849.

Königliches Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung.

1112. **Subhastations-Patent.**

Das dem Carl Weihrauch gehörige Auenhaus, nebst Gärtchen, Nr. 93 zu Streckenbach, abgeschätzt auf 398 Thaler, soll den 27. Juni d. J., Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe, Hypothekenschein und Bedingungen sind in unserer Registratur einzusehen. Bolkenhain, am 7. März 1849.

Königliche Gerichts-Kommission.

1079. **Subhastations-Patent.**

Die den Freistellenbesitzer Mönchschen Erben gehörige Freistelle, Nr. 7 zu Neu-Kunzendorf, abgeschätzt auf 336 Rthlr. 13 Sgr., soll

den 23. Juni c., Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe, Hypothenschein und Bedingungen sind in der Registratur einzusehen. Bolkenhain, am 28. Februar 1849.

Königliche Gerichts-Commission.

731. **Nothwendige Subhastation**
beim Gerichts-Amte der Herrschaft Buchwald.

Das, dem Kaufmann Karl Klein zu Schmiedeberg gehörige sub Nr. 75 zu Buchwald, Hirschberger Kreises gelegene, gerichtlich auf 4124 rtl. 25 sgr. 2 pf. abgeschätzte Bauergut, dessen Taxe und letzter Hypothekenschein in dem Bureau des Gerichtsamtes einzusehen sind, wird in termino

den 30. Mai c., Vormittags 11 Uhr,

zu Buchwald subhastirt.

1559. **Bekanntmachung.**

Zum Verkauf von 200 bis 300 Ctnr., im bevorstehenden Frühjahr im Stadtforst Siebenhuben zu gewinnender, eichener Spiegel-Rinde haben wir einen Termin auf

Montag den 30. April Vormittags 11 Uhr

in unserm Sitzungs-Zimmer (Liegnitzer Straße Nr. 120) anberaumt, wozu Käufer eingeladen werden.

Die Kaufbedingungen sind in unserer Registratur einzusehen.

Jauer den 13. April 1849.

Der Magistrat.

Auctionen.

1635. Sonnabend, den 28. April c., Nachmittag 3 Uhr, werde ich im gerichtlichen Auctions-Gelasse ein Flügel-Instrument, gegen baare Zahlung, versteigern.

Hirschberg, den 23. April 1849.

Steckel, Auctions-Kommissarius.

1606. **Auktions-Anzeige.**

Verschiedene Tischler- und Instrumentenbauer-Werkzeuge, verschiedenes hartes Holz in Bohlen und eine Anzahl vorhandener neuer Flügelinstrumente in Birkenholz zu 6, 6½ und 6¾ Oktaven, sollen **den 5. Mai c., von Vormittags 10 Uhr ab**, an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung in der Wohnung der Unterzeichneten versteigert werden. Jauer, am 18. April 1849.

Verwittwete Instrumentenbauer Brandeis.

1648. Da wegen der eingetretenen schlechten Witterung die in No. 31 des Boten a. d. R. angezeigte Auktion in der Gärtnerstelle Nro. 25 zu Grunau nicht abgehalten werden konnte, so wird hierdurch bekannt gemacht, daß dieselbe künftigen Sonntag, als den 29sten d. Mts., abgehalten werden wird.

Grunau, den 22. April 1849.

Gottlieb Stumpe, als Vormund.

1515. # Mühlen-Verpachtung.

Die in der Nähe des hiesigen Königlichen Schlosses belegene sogenannte Schloßmühle, deren Mühlwerk aus zwei Mahlgängen mit französischem Gestein, einem Mahlgang mit deutschen Steinen und einem Spitz- und Graupengange besteht, und durch zwei oberschlächtige Wasserräder betrieben wird, soll vom 1. Juli d. J. ab anderweit verpachtet werden.

Hierzu ist ein Licitations-Termin auf den 14. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, in dem Geschäfts-Lokale der unterzeichneten Verwaltung angesetzt, wozu Pachtlustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die näheren Pachtbedingungen schon von jetzt ab bei uns eingesehen werden können.

Erdmannsdorf in Schlesien, den 13. April 1849.

Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei.

Weck. Frohn.

1641. Das Dominium Boberstein beabsichtigt die **Rindviehnutzung** zu verpachten. Kautionsfähige, mit guten Zeugnissen versehene Viehpächter, können sich deshalb jeder Zeit bei dem dasigen Wirthschaftsamte melden.

Mühlen-Verkauf oder Verpachtung.

1554. Eine **Wassermühle** mit Mehl- und Spitzgang nebst Lohnstampfe, 37 Morgen Flächeninhalt, sehr schönen Wiesen, Aecker und Hutung zu 5 Kühen, von allen herrschaftlichen Lasten frei, ist für 1900 rtl. bei 400 rtl. Anzahlung zu verkaufen. Das andere Kaufgeld kann auf Verlangen noch 5 Jahre auf der Besitzung stehen bleiben. Sollte bis zum 26. April früh kein Verkauf zu Stande kommen, so wird sofort verpachtet und kann dieselbe auch bald übernommen werden. Wilhelm Deuse, Mühlbesitzer.

Langwaltersdorf, den 15. April 1849.

1631. **Pflichtschuldigster Dank.**

War die achtungswerthe Theilnahme, welche unser geliebter Gatte, Pflegevater und Bruder, der verewigte Kaufmann **Johann Gottfried Diettrich** hierselbst, in den trüben Tagen seiner Krankheit allseitig erfahren, dem geprüften Dulder eine erhebende Stärkung, so gereicht seine zahlreiche Leichenbegleitung dem verwaisten Familienkreise zum innigsten Troste. Unser aufrichtiger Dank gebührt daher und sei hiermit öffentlich ausgesprochen Einer Wohllöblichen Bürgerwehr hiesiger Stadt, den geehrten Deputationen der Kaufmanns-Societät und der Herren Stadt-Verordneten, so wie allen ungenannten Freunden des Daheimgegangenen, die ihre Achtung und Liebe zu ihm und uns an den Tag gelegt haben. So wie sein Gedächtniß wird das ihrige uns behalten bleiben unter dem Wechsel der Tage!

Hirschberg, den 22. April 1849.

Die Hinterbliebenen.

Anzeigen vermischten Inhalts.

1607. Zur Gravirung von Namenszügen, Emblemen, Devisen, Landschaften, Wappen rc. empfehle ich hierdurch ganz ergebenst meine eigene, nunmehr in meinem Hause befindliche

Glasschneiderei.

Alle geehrten Aufträge werden **schnell**, geschmackvoll und billig ausgeführt.

Glas- und Porzellain-Niederlage

C. G. Puder.

1597. **Empfehlung.**

Zur Anfertigung von Kreis-Gerichts-Siegeln empfiehlt sich der

Graveur Kaspar in Hirschberg.

1601. Eine bequeme freundliche Wohnung von zwei Stuben, Kabinet, Küche und Gewölbe, mit oder ohne Meublen, und Gelaß für Pferde und Wagen, in einem schönen Garten, ist Nr. 553 in der Zapfengasse sofort zu vermiethen. Auch stehen daselbst mehrere gute Wagen und verschiedene Ackergeräthe zu verkaufen.

Den geehrten Bewohnern Warmbrunns und der Umgegend empfiehlt sich Unterzeichnete bestens im Gardinenaufmachen, Waschen und Herrichten feiner weißer Wäsche, sowie im Weißnähen; auch Kinder und erwachsene Mädchen im Strikken, Nähen und Häkeln zu unterrichten; unter Versicherung reellster und billigster Bedienung, sowie guter Aufsicht.

1642. Helene Stolle aus Baiern,

wohnh. bei Hr. Alex. Lemor, Gold- u. Silberarb. in Warmbrunn.

1629. Einem geehrten Publikum hier und in der hiesigen Umgegend zeige ergebenst an: daß ich mich als **Seiler** hier Orts etablirt habe. Ich verfertige sämmtliche Seilerwaaren und liegen solche bei möglichst billigen Preisen zur Auswahl bereit. Um gütigen Zuspruch bittet

Wigandsthal den 19. April 1849. Alexander Höhne.

Die Zahl der Lügen, mit denen man die Auswanderer und das Publikum zu bethören sucht, heißt Legio! bald heißt es: die Auswanderer werden verkauft pro Stück für 10 Rthlr., bald heißt es: die Auswanderer kommen in die Sklaverei, bald heißt es: Wehrsig will sich Geld verdienen und läßt dann die Uebrigen alle im Stich und was des Unsinns mehr ist; wozu natürlich ein Theil der Geistlichen nicht Wenig beiträgt, wovon jedoch 2 Ehrenmänner in B.... und L.. rühmlich ausgenommen werden müssen, denen ich hier im Namen der Gesellschaft danke, sowie auch denen, die für die Unterschrift eines Taufzeugnisses sich nicht von armen Auswanderern 5 Sgr. und mehr auszahlen lassen, demungeachtet muß ich heute von Neuem Gelegenheit zu neuen Lügen und Verläumdungen geben. Es hat nämlich gestern die Gesellschaft beschlossen, daß alle Auswanderer bis zum nächsten Sonntag, den 29. d. M., die Kosten für die Fahrt auf der Eisenbahn von Görlitz bis Dresden mit 28 Sgr. per Kopf an den Vorstand, wobei ich jedoch zur Beruhigung bemerken muß, daß ich damit gar Nichts zu thun habe, bezahlen müssen. Dies der Gesellschaft zur Beachtung, den Uebrigen aber zum Trost.

1653. Wehrsig.

1600.
Hagel-Versicherung
durch feste Prämien ohne Nachzahlung.

Die neue Berliner Hagel-Assecuranz-Gesellschaft versichert auch dies Jahr zu festen Pramien ohne irgend eine Nachzahlungs-Verbindlichkeit. Die verflossenen drei Jahre haben hinreichend gezeigt, welcher große Vortheil in der Befreiung von aller Nachzahlung für die Versicherten liegt, und welche Vortheile die Berliner Gesellschaft gewährt, indem sie mit Hinzurechnung der eingehenden Prämien ein vollständig ausreichendes Gewährleistungs-Capital darbietet, welches einer fünf- bis sechsfachen Prämien-Nachzahlung anderer Gesellschaften gleichkommt. Welche große Schwierigkeiten sich aber bei Einkassirung solcher Nachtrags-Zahlungen, selbst wenn sie wie bisher blos einfach oder doppelt geleistet werden sollten, namentlich bei den jetzigen Zeiten, herausstellen, hat die Erfahrung bereits gezeigt. Die Untengenannten nehmen Versicherungen:

für Halm- und Hülsenfrüchte zu 1 Procent,
" Oelgewächse .... " 1¼ "
" Handelsgewächse .... " 2½ "
" Kartoffeln .... " ½ "

an, und sind bei ihnen Polizen-Formulare und Formulare zu Saat-Register gratis zu erhalten

in **Löwenberg** Herr **M. Thiermann**,
" **Warmbrunn** " **F. W. Richter**,
" **Landshut** " **Th. Schuchardt**,
" **Waldenburg** " **F. W. Roell Eydam**,
" **Glatz** " **J. G. Bauer**,
" **Habelschwerdt**: Justiz-Aktuar **Stonner**.

Görlitz im April 1849. **Ohle**, General-Agent.

Verkaufs-Anzeigen.

1613. Ein Freigut, im Hirschberg-Warmbrunner Thale gelegen, von circa 240 Schffl. Bresl. Maas Aussaat Fläche, ist Familienverhältnisse wegen zu verkaufen. Näheres auf portofreie Anfragen in der Expedition des Boten.

1638. Das Haus No. 429, auf einer gelegenen Straße, ist baldigst zu verkaufen. Seiler-Mstr. R. Schuwardt.

1649. **Guts-Verkauf.**
Mein hierselbst gelegenes Freigut nebst Gasthof bin ich Willens unter sehr billigen und annehmbaren Bedingungen baldigst zu verkaufen; die Lage desselben ist sehr angenehm und freundlich; auf portofreie Anfrage werde ich das Nähere mittheilen. Hübner.
Berbisdorf bei Hirschberg, den 23. April 1849.

1628. **Zu verkaufen.**
Ein in hiesiger Gegend belegenes, von allen Dominial-Lasten befreites Bauergut, mit 150 Morgen Flächeninhalt, Alles im besten Zustande, ist, wie es steht und liegt, eingetretener Familienverhältnisse halber sofort zu verkaufen. Näheres hierüber ertheilt auf portofreie Anfragen
Lachmann, Commissions-Agent.
Friedersdorf, bei Greiffenberg.

1608. **Bärenklauen** blau angelaufen auf Silber, als Füße zu **Sarkophagen**, so wie Cruzifixe in grün Bronze empfiehlt C. G. Puder.

1605. Indianische Vogelbälge,
Conchylien als Nipptischartikel,
lebende Goldfische
empfing und empfiehlt C. G. Puder.

1632. Durch persönlichen Einkauf auf Leipziger Oster-Messe habe ich mein
Schnitt- u. Mode-Waarenlager
in den neuesten und modernsten Sommer-Artikeln auf's Beste assortirt und empfehle selbiges zu möglichst billigen Preisen. T. Baudisch, Priestergasse Nr. 240.

1643. Rigaer & Pernauer Tonnenlein
Sackleinsaamen & Kleesaamen
offerirt billigst Oswald Beer,
vormals Seifart in Schmiedeberg.

Für Färbereien und Druckereien
liegen bei Herrn Chr. Reichmann in Peterswaldau 250 Stück theils neue, theils wenig gebrauchte Druckformen neuer und gangbarer Muster, von Löhrig herrührend, zum Verkauf bei billigen Preisen. 1588.



1604. **Avertissement.**

Blumenampeln — Vasen — Antiquen — Gypsfiguren — Blumentöpfe — Bilder- und Tapetenleisten, bemalte und vergoldete deutsche, engl. und franz. Porcellaine, engl., böhmische und einheimische Glaswaaren in bedeutendster Auswahl, zu Hochzeitsgeschenken sich vorzüglich eignend, empfing und empfiehlt die Glas- und Porcellain-Niederlage

C. G. Puder.

952. Bekanntmachung.

Dem verehrten landwirthschaftlichen Publikum empfiehlt unterzeichnete Hauptverwaltung heuer den bekannten feingemahlenen Alabaster-Gyps, aus den Gruben der Herrschaft Neuland bei Löwenberg, zu gefälliger Abnahme.

Außer den Hauptniederlagen zu Löwenberg und Neuland selbst, sind die übrigen schlesischen Niederlagen zu Bunzlau, Görlitz, Liegnitz, Goldberg, Röchlitz, Jauer, Breslau, Freiburg, Liebau und Hirschberg, so wie deren Nebenniederlagen, stets mit hinreichenden Vorräthen von Neuländer Alabaster-Gyps versehen. Löwenberg, im März 1849.

Die Haupt-Verwaltung der reichsgräflich zur Lippe'schen Neuländer Gypsgruben.
Theodor Schöne, Director.

1603. Die

Strohhut-Fabrik

des

J. J. Rössinger aus Dresden

zeigt den geehrten Damen ergebenst an, daß sie in folgenden Städten, als: Hirschberg, Liegnitz, Glogau, Bunzlau, Haynau und Sprottau, die Märkte besuchen wird, und können die Damen sicher darauf rechnen, daß sie das Neueste vom Neuesten bringen werde und zu sehr billigem Preise. Dieses zur gütigen Beachtung.

1640. **60 Kasten Schindeln stehen zu verkaufen in der polnischen Mühle zu Boberröhrsdorf.**

1637. **Zehn Stück schwere Mast-Ochsen stehen zum Verkauf auf dem Dominium Hohenliebenthal bei Schönau.**

1650. **Bei dem Dominio Alt-Schönau, II. Antheils, ist ein fettgemästetes Schwein, 1½ Jahr alt, zu verkaufen.**

1616. Drei Centner brauchbarer jähriger Hopfen liegt zu verkaufen auf dem Dominium Nieder-Jannowitz, Striegauer Kreis, worüber der Herr Inspector Schubert allda nähere Auskunft ertheilt.

1639. In Nr. 231 zu Grunau sind alle Arten Schirrholz, 3 Hobelbänke und verschiedenes Werkzeug zu jeder Zeit zu verkaufen.

1612. In dem Gute Nr. 10 zu Herischdorf sind noch etwas Linsen zu verkaufen. Schulz.

1627. Leinsaamen zur bevorstehenden Saat verkauft das Dominium Wiesa bei Greiffenberg.

1633. Ein gebrauchter, aber sehr gut gehaltener Fliegel ist zu verkaufen äußere Schildauer Straße Nr. 478 in Hirschberg.

1618. Meinen geehrten Kunden in Leinsaamen die ergebene Anzeige, daß ich auch in diesem Jahre wie früher mit bestem echten Pernauer und Rigaer neuen Säe-Leinsaamen versorgt bin und daß ich bei Abnahme von ganzen Tonnen, wie auch ausgemessen, die Preise möglichst billig stellen werde.

Landeshut den 15. April 1849. F. A. Kuhn.

1501. Bekanntmachung.

Frische Sendung ist bereits wieder angekommen von echten Nord-Amerikanischen Speise-Kartoffeln, ablassend das Pfund 5 Sgr.; desgleichen auch Saamen, der grünlich grau aussieht, das 1/m Korn zu 1½ Sgr.; Reisgewächs, das an 40/m.fältige Früchte trägt, das Loth 2 Sgr; vollen div. schönen Nelkensaamen, 1/m. Korn 15 Sgr., 5/c. Korn 7½ Sgr.; div. schönen, von mehrern hundert Sorten Auriceln, 1/m. Korn 2 Sgr.; beste Levcoyen-Mischung in Packeten 6 Sgr.; Viola-Pense, mannigfaltig, das Packet 6 Sgr.; so andere Sachen mehr. Von auswärts erwarte bei Bestellungen diese frei, wie Porto mir erbitte, wonach Alles sogleich von mir expedirt werden wird. H. Hauke, Kunstgärtner in Jauer.

Kauf-Gesuch.

1651. **Gute Gebirgsbutter**

kauft zu den möglichst besten Preisen

Oswald Beer, vormals Seifart
in Schmiedeberg.

Zu vermiethen.

1636. Vermiethungs-Anzeige.

Der erste Stock in dem Kaufmann Hiersemenzel'schen, vor dem Langgassen Thore belegenen Hause, bestehend in drei Stuben, zur Zeit von dem Orgelbauer Herrn Tischer bewohnt, ist anderweitig zu vermiethen und den 2. Juni c. zu beziehen. Das Nähere bei

Steckel. Innere Schildauer Straße Nr. 81.

Hirschberg den 23. April 1849.

1519. **Eine bequeme Wohnung,** bestehend aus 2 Stuben nebst Kabinet, lichter Küche und sonstigem nöthigen Beigelaß; desgl. eine Stube mit Alkove, sind sofort zu vermiethen bei G. Hertzog.
Hirschberg.

1634. Ein Fliegel-Instrument ist zu vermiethen beim Instrumentenbauer A. Corpus in Hirschberg.

1609. In Hermsdorf u. K. sind bei Unterzeichnetem 4 Stuben mit 2 Küchen und Gewölbe, nebst dem nöthigen Beigelaß, im Ganzen und auch getheilt zu vermiethen und zu Johanni a. c. zu beziehen. A. Sauder.

Lehrlings-Gesuch.

1594. Ein großer starker Knabe, welcher Lust hat die Brauerei zu erlernen, kann ein gutes Unterkommen finden bei dem
Brauermstr. Mende in Hohenliebenthal bei Schönau.

Gefunden.

1602. Ein Beutel mit Geld ist gefunden worden und kann der rechtmäßige Eigenthümer denselben in Empfang nehmen beim Tischlermeister Wittig.

Verloren.

1625. Anzeige.
Vor dem Schildauer Thore von Hirschberg ist, Freitag den 20. April, ein seidener Regenschirm aus einer Droschke verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben gegen eine angemessene Belohnung in der Exped. d. Boten abzugeben.

1652. Verloren gegangen
ist mir Dienstag, den 17. d., gegen Abend in der Burg-Vorstadt eine kleine schwarze Hündin mit weißer Brust und braunen Pfötchen (Pintscher-Raçe). Dieselbe hört auf den Namen „Bijou". Außer entstandenen Futterkosten sichere ich dem Wiederbringer auch noch eine gute Belohnung zu. Altmann, Mauer- und Zimmer-Meister.

1630. Verloren.
Ein goldener Schlangen-Ring ist am Markt verloren gegangen. Am Kopfe hatte derselbe zwei große und einen kleinen Granaten, ein kleinerer fehlt, innerhalb des Rings ist der Name Otto eingravirt. Der ehrliche Finder wird gebeten denselben gegen eine angemessene Belohnung in der Exped. d. Boten abzugeben.

1617. Ein Sack Schaafwolle ist auf dem Wege von Hirschberg nach Streckenbach verloren gegangen. Es wird gebeten denselben gegen eine gute Belohnung im blauen Hirsch zu Landeshut abzugeben.

1567. Diebstahls-Anzeige.
Am verflossenen Montag, als den 16ten d. M., ist in Goldberg in dem Gasthofe zum Schwarzen Adler ein blau melirter, mit schwarzem Plüschkragen und grün mit schwarz-karirtem Parchend gefutterter Mantel entwendet worden. Wer vom Verbleiben dieses Mantels und zur Wiedererlangung desselben im Gasthofe zum Schwarzen Adler in Goldberg davon Anzeige macht, erhält eine gute angemessene Belohnung.

Einladung.

1647. Zur Einweihung, Sonntag den 29. April, ladet die geehrten Bewohner von Warmbrunn und der Umgebung Unterzeichneter ergebenst ein. Für gut besetzte Musik, gute Speisen und Getränke wird bestens gesorgt sein.
F. Knoll,
Pächter des Weirichsberges.

Wechsel- und Geld-Cours.

Breslau, 21. April 1849.

Wechsel-Course.	Briefe.	Geld.
Amsterdam in Cour., 2 Mon.	$142\frac{1}{2}$	—
Hamburg in Banco, à vista	$150\frac{1}{12}$	—
dito dito 2 Mon.	$150\frac{1}{12}$	—
London für 1 Pfd. St., 3 Mon.	$6.25\frac{1}{6}$	$6.24\frac{5}{6}$
Wien - - - - - - - - - - 2 Mon.	—	—
Berlin - - - - - - - - - - à vista	$100\frac{1}{6}$	—
dito - - - - - - - - - - 2 Mon.	—	$99\frac{1}{4}$
Geld-Course.		
Holländ. Rand-Ducaten - -	- -	96
Kaiserl. Ducaten - - - - - -	—	96
Friedrichsd'or - - - - - - - -	$113\frac{1}{2}$	—
Louisd'or - - - - - - - - - - -	—	$112\frac{1}{3}$
Polnisch Courant - - - - - -	$93\frac{1}{2}$	—
Wiener Banco-Noten à 150 Fl.	$89\frac{11}{12}$	—
Effecten-Course.		
Staats-Schuldsch., $3\frac{1}{2}$ p. C.	—	$80\frac{1}{12}$
Seehandl.-Pr.-Sch., à 50 Rtl.	—	100
Gr.Herz. Pos. Pfandbr. 4 p. C.	—	$96\frac{1}{12}$
dito dito dito $3\frac{1}{2}$ p. C.	—	$80\frac{1}{12}$
Schles.Pf.v.1000Rtl. $3\frac{1}{2}$ p. C.	—	$89\frac{11}{12}$
dito dt. 500 - $3\frac{1}{2}$ p. C.	—	—
dito Lit. B. 1000 - 4 p. C.	$92\frac{1}{2}$	—
dito dito 500 - 4 p. C.	—	—
dito dito 1000 - $3\frac{1}{2}$ p. C.	—	$82\frac{1}{6}$
Disconto - - - - - - - - - - - -	—	—

Actien-Course. Breslau, 21. April 1849.

Oberschl. Lit. A. - - - - - - - - $93\frac{1}{12}$ G.
" " B. - - - - - - - - $93\frac{1}{12}$ G.
" " Priorit. - - - - - - - - —
Bresl. Schweidn.-Freib. - - $79\frac{1}{4}$ G.
" " Priorit. —
Ostrhein Zus.-Sch. - - - - - - $76\frac{1}{6}$ G.
Niederschl. Mark. Zus.-Sch. $73\frac{1}{4}$ G.
Sachs.-Schles. Zus.-Sch. - - —
Krakau-Oberschl. Zus.-Sch. —
Fr.-Wilh.-Nord.-Zus.-Sch. $35\frac{2}{3}$ Br.

Getreide-Markt-Preise.

Jauer, den 21. April 1849.

Der Scheffel	w. Weizen rtl.	sgr.	pf.	g. Weizen rtl.	sgr.	pf.	Roggen rtl.	sgr.	pf.	Gerste rtl.	sgr.	pf.	Hafer rtl.	sgr.	pf.
Höchster	2	5	—	2	—	—	1	3	—	—	25	—	—	18	—
Mittler	2	3	—	1	28	—	1	1	—	—	23	—	—	17	—
Niedriger	2	1	—	1	26	—	—	29	—	—	21	—	—	16	—

Schönau, den 18. April 1849.

Der Scheffel	w. Weizen rtl.	sgr.	pf.	g. Weizen rtl.	sgr.	pf.	Roggen rtl.	sgr.	pf.	Gerste rtl.	sgr.	pf.	Hafer rtl.	sgr.	pf.
Höchster	2	6	—	2	—	—	1	2	—	—	25	—	—	15	6
Mittler	2	5	—	1	29	—	1	1	—	—	24	—	—	15	—
Niedriger	2	4	—	1	28	—	1	—	—	—	23	—	—	14	—

Erbsen: Höchst. 1 rtl. 1 sgr. Mittl. 1 rtl. Niedr. 29 sgr.
Butter, das Pfund: 4 sgr. 9 pf. — 4 sgr. 6 pf.

Redakteur und Verleger: C. W. J. Krahn. Gedruckt bei C. W. J. Krahn.